Zeitschrift für Sozialismus

Jahrgang 3 April 1936 Nummer 31

Die Geduldsprobe

Von **Karl Henrichsen.**

Im November vorigen Jahres war an dieser Stelle zu lesen: »Mit der Aufrüstung und mit der Uebertragung der Methode des etappenweisen Machtgewinns von der Innen- auf die Außenpolitik ist eine neue Epoche der nationalsozialistischen Versprechungen eröffnet worden«. Das Frühjahr 1936 sieht die Machthaber des Dritten Reiches bereits auf einem der Gipfelpunkte dieser neuen Politik. Die durch ausgebliebene Verwirklichungen in Deutschland selbst enttäuschten Massen sind durch europäische Verheißungen nochmals gewonnen worden. Auf einmal hat sich Deutschland, dem angeblich nur die Unfähigkeit seiner Regierungen von 1919—1933 das Glück vorenthalten hatte, als zu klein und zu arm erwiesen, als daß es zum versprochenen Paradies umgewandelt werden könnte. Das ganze Europa muß es also sein, ein Erdteil muß nach dem Muster des Dritten Reiches »erweckt und erneuert« werden, ehe der kleine Mann in Berlin oder Kötschenbroda verspüren kann, daß die Abgabe eines Stimmzettels für die NSDAP sein Los verbessert hat. Das Plebiszit vom 29. März war die Quittung der unpolitischen Massen auf neuerweckte — diesmal europäische — Prosperitätshoffnungen.

Daß dieses Plebiszit noch mehr »gemacht« worden ist als jede vorausgegangene »Volksabstimmung« unter der Hitler-Diktatur, daß es ebenso unmöglich war, von der »Wahl« fernzubleiben wie eine Nein-Stimme abzugeben, weiß alle Welt. Interessanter war es schon, zu beobachten, wie die Meister der Propaganda, soweit die Quantität, die groben und lauten Erfindungen in Frage kommen, wieder versagt haben, soweit ausländische Staatsmänner, keine deutschen »Untertanen« das Objekt der Propaganda gewesen sind. Um möglichst massiv zu siegen — wovon man sich einen Rieseneindruck in der ganzen Welt versprach — mußte Hitler seine 98 Prozent haben, die ihm niemand glaubt, während 95 Prozent vielleicht und 90 Prozent sogar wahrscheinlich sicher geglaubt worden wären. Aber auch das ist eine Frage von sekundärer Wichtigkeit. Entscheidend aber ist das eine, daß nach drei Jahren Erfahrung mit der nationalsozialistischen Diktatur, ein großer Teil des deutschen Volkes mit derselben Leichtigkeit für eine neue Fata Morgana herrlicher Zeiten unter Hitlers Herrschaft zu begeistern war, mit der sie sich im Jahre 1933 gewinnen ließ, den Anbruch des Dritten Reiches als das Ende aller Not zu begrüßen.

Für die politische Psychologie ist das Problem ziemlich einfach gelöst. Die Machthaber des Dritten Reiches haben das Kunststück vollbracht, die unleugbare Friedenssehnsucht des deutschen Volkes mit einem nationalistischen Machtrausch auf die Einheitsformel zu bringen. Das zermürbte, von unfähigen Staatsmännern, Intriganten und Ausbeutern an den Rand der Katastrophe getriebene Europa soll durch den deutschen,

den H i t l e r - F r i e d e n gerettet werden. Mit der Aenderung einiger Vokabeln können die betörenden Reden und Verheißungen aus der Oppositionszeit der NSDAP jetzt auf Europa Anwendung finden. Es wird nicht lange dauern und man wird Adolf Hitler wie seinerzeit über die zwölf, dreizehn, vierzehn Jahre »deutscher Schmach« über siebzehn und mehr Jahre europäischer Mißwirtschaft wettern, das »System«, das heißt die Regierungen in Paris, London und anderswo anklagen und die Völker beschwören hören, sich dem Lichte zuzuwenden, das über Germanien aufgegangen ist. Vielversprechende Proben sind in den Reden und Kundgebungen der letzten Monate ja schon geliefert worden. Von all den Vorschlägen, die das angebliche deutsche Friedensprogramm enthält, ist wahrscheinlich keiner so ernst gemeint wie der eines Plebiszits in Frankreich und Belgien. Womit wahrscheinlich der Beweis geliefert werden soll, daß auch der französische und der belgische Spießbürger Massensuggestionen, wenn sie ihm mundgerecht gemacht werden, nicht weniger zugänglich ist als der ewige Untertan im Deutschen.

Einerlei ob 98 oder 90 oder »nur« 85 Prozent der Deutschen am 29. März Ja gesagt haben, einerlei, ob sich bei einer freien Abstimmung und der Möglichkeit genügender Aufklärung und Anti-Propaganda die Mehrheit immer noch für Hitler und das Dritte Reich entschiede, es ist eine Tatsache, daß Deutschland diesmal dem Appell des »Führers« Folge geleistet hat, daß sowohl der Bruch des Locarno-Vertrags und die gewaltsame Beseitigung der entmilitarisierten Zone wie das angebliche Friedensprogramm Hitlers den Beifall des deutschen Volkes — unabhängig von seiner Stellung zum Nationalsozialismus — gefunden haben. Damit ist der Zweck erreicht, den die Machthaber anstrebten: die Unzufriedenheit, die in Deutschland gefährlich anzuwachsen begann, ist durch die Hoffnung auf europäische Realisierungen verdrängt. Auch die neuen Opfer, die die Diktatur dem Volke in absehbarer Zeit zumuten muß, werden in dieser Hoffnung ertragen werden. Vor allem aber, das deutsche Volk wird nicht Hitler, sondern die bösen Staatsmänner des Auslandes für das Ausbleiben der herrlichen Zeiten verantwortlich machen, die ihm im Zeichen Hitler-Europas versprochen waren. Während er den Versailler Vertrag Stück für Stück in Trümmer schlägt, hat der »Führer« gleichzeitig Sorge getragen, daß die Zustände für die Versailles verantwortlich gemacht wurde, die soziale und wirtschaftliche Not in Deutschland, auch in Zukunft wieder dem angeblich fehlenden guten Willen des Auslandes zur Last gelegt werden können.

Es ist wie unter Wilhelm II. Auch damals waren die Ansprüche des deutschen Imperialismus nicht auf französisches oder englisches Gebiet gerichtet, auch damals war das deutsche Volk fest überzeugt, daß nur böser Wille seine friedlichen Gefühle mißdeuten könne. Auch damals ging es um »M i t t e l e u r o p a«, um k o l o n i a l e Erwerbungen, durch die nur kleine »geschichtlos« gewordene Völker, wie das portugiesische, um ihren Besitz gebracht werden sollten, um die Hegemonie in Vorderasien und die Beteiligung an der Ausbeutung Chinas. Auch damals wurde die Einheit der Völker Europas, wurden ihre heiligsten Güter beschworen. Und nur die Tatsache, daß die böse Welt sich schon damals keine »p a x g e r m a n i c a« gefallen lassen, daß sie die »deutsche Sendung« nicht anerkennen wollte, hat zum Mißverständnis des Weltkriegs geführt. Wieder kann es der deutsche Oberlehrer nicht begreifen, daß Frankreich sich um Dinge kümmern will, die es doch gar nichts angehen, daß es Hitler beim Kreuzzug gegen die Bolschewiken — oder was dasselbe be-

deutet, der Beseitigung der »deutschen Raumnot« — in den Arm fallen, daß es die »natürliche« Lösung in Oesterreich, Danzig, Memel, den sudetendeutschen Gebieten verhindern will, obwohl ihm Hitler doch die »Freundeshand« darbietet. Und wieder sucht der ausländische Beobachter in Deutschland vergeblich nach dem Schlüssel des Verständnisses für ein Volk, dessen Angehörige ihm geradezu enthusiastische Gastfreundschaft gewähren, aber ihm nicht im Namen des Friedens schlechthin, sondern mit der Parole »laßt uns die Welt teilen« den Gruß anbieten.

Die außenpolitischen Folgerungen, die aus dieser Situation zu ziehen sind, können in diesem Zusammenhang außer Betracht bleiben. Die innenpolitische Lage aber findet ihre Erklärung, wenn man sich vor Augen hält, daß die Diktatur die drohende Gefahr einer schweren inneren Vertrauenskrise durch die außenpolitische Diversion abgewendet hat. Die Dauer des Regimes hängt in Zukunft vor allem von der Wirkung der Durchhalteparole im Kampf um den Hitler-Frieden ab.

*

Nicht nur die deutschen Bischöfe mögen geglaubt haben, daß man im totalen Staate noch eine Unterscheidung zwischen der Gesamtpolitik der Regierung und einer gegen das Ausland durchzufechtenden, »nationalen« Angelegenheit machen könne. Zahllose Ja-Stimmen sind am 29. März wahrscheinlich nur deshalb nicht zu einer schweren Gewissensbelastung für die »Wähler« geworden, von denen sie abgegeben wurden, weil sie sich einredeten, n i c h t f ü r H i t l e r oder gar den Nationalsozialismus, sondern »für D e u t s c h l a n d« gestimmt und deshalb keine Veranlassung gehabt zu haben, sich gegen den Zwang aufzulehnen, dem sie unterworfen waren. Von den illegalen Kaders der sozialistischen Parteien abgesehen, ist die sogenannte Opposition im Dritten Reiche immer noch in der Illusion befangen, das totalitäre Regime durch Reformen auf Teilgebieten des politischen, sozialen, wirtschaftlichen oder kulturellen Gebietes überwinden zu können. Daß sie in diesem Glauben längst der Gefangene der Diktatur und selbst schon in viel weiterem Maße nationalsozialistisch geworden ist, als sie wahrhaben möchte, sieht diese »Opposition« nicht ein. Das verhängnisvolle nationalliberale Erbe des deutschen Bürgertums macht sich auch dadurch wieder bemerkbar; dieses Volk ist immer noch nicht zu einer klaren Entscheidung und konsequenter Anwendung der richtigen Erkenntnisse fähig.

In Wirklichkeit gibt es im Dritten Reiche natürlich k e i n e n U n t e r s c h i e d z w i s c h e n e i n e m »d e u t s c h e n« u n d e i n e m n a t i o n a l s o z i a l i s t i s c h e n P l e b i s z i t. Die Ja-Stimme vom 29. März war ein — freiwilliges oder erzwungenes — Bekenntnis zu Hitler. Ueber diesen Charakter der »Abstimmung« wäre jeder Streit lächerlich. Die Vorbehalte der Teil-Opposition, z. B. die der katholischen Bischöfe, sind vom Regime überhaupt nicht zur Kenntnis genommen worden. Soeben konnten die Bischöfe die Quittung für ihre indirekte »Wahl«-Hilfe in der Erklärung des »Schwarzen Korps« lesen, auch die Katholiken hätten geschlossen für Hitler gestimmt und damit bewiesen, wie richtig die Politik gegen manche Träger des geistlichen Gewandes gewesen sei. Ausgerechnet was die Bischöfe verhindern wollten, den Schein, als billige das deutsche Volk — einschließlich des katholischen Volksteils — den Kulturkampf der Machthaber, finden sie jetzt schon zur offiziellen Lesart gemacht. Niemand kann den Inhaber der Macht im totalen Staate hindern, jede andere Deutung der Ereignisse als die ihm genehme auszuschließen.

Solange die Opposition nicht ebenso totalitär geworden ist wie ihr

Gegner, wird alle Unzufriedenheit mit Einzelmaßnahmen der Diktatur nicht verhindern können, daß Hitler auf dem von ihm gewählten Terrain, mit einer von ihm gewählten suggestiven Formel, Triumphe feiert. Aber es erweist sich eben immer wieder, daß breite Massen auch der sogenannten Unzufriedenen mit Teilen der nationalsozialistischen Theorie oder Praxis — z. B. dem nationalistischen Programm — sympathisieren und dadurch in ihrer Kritik oder gar in dem Willen zur Aenderung der bestehenden Verhältnisse gelähmt sind. Welche Beweiskraft kann zum Beispiel der Protest gegen den Bruch des Konkordats im Munde eines Bischofs haben, der in der gleichen Predigt das katholische Volk belehrt, daß der Bruch des von Deutschland freiwillig unterschriebenen, ja überhaupt nur auf deutsches Betreiben zustandegekommenen Locarnovertrags als Gott wohlgefälliger Kampf für die deutsche »Gleichberechtigung« zu betrachten sei.

*

Die Hitler-Diktatur hat dem deutschen Volke eine Zielvorstellung, oder wenigstens das Gefühl gegeben, daß es eine Zielvorstellung besäße. Dazu hat es die Weimarer Republik nie gebracht. Jedes politische Ereignis, jede Regierungsmaßnahme vor allem, ist in der deutschen Republik nackt und bloß der Kritik ausgesetzt gewesen. Gegenüber den langatmigen sachverständigen Rechtfertigungen hatte es die forsch dreinfahrende Demagogie der Opposition sehr leicht, die Ausgangspunkte einer Kritik zu finden, die dem Volke das ganze System verleidete. Im Dritten Reich geschieht nichts, ergeht auch in der nebensächlichsten Frage keine Verordnung, die dem »Volksgenossen« nicht als ein ungeheuer wertvoller Baustein zum »Kampf für Freiheit und Ehre« schmackhaft gemacht würde. Während im Weimarer Staat aus der Fülle der Kritik im Einzelnen die Ablehnung des Gesamten erwachsen ist, wird in Hitlerdeutschland die Bedeutung des Teiles für das Ganze derart hervorgehoben, daß Kritik an der unwichtigsten Einzelheit bereits als Verrat an Volk und Vaterland erscheint. In der Republik wurde vom Versagen im Kleinen auf die Unfähigkeit im Großen geschlossen, im Dritten Reich empfängt das Kleine die Weihe des Großen und wird dadurch für jede Kritik tabu gemacht.

Nur wer diesen fundamentalen Unterschied begriffen hat, wird verlernen, sich über die Wirkung der sogenannten unpopulären Maßnahmen Illusionen zu machen. Die Opfer haben in Deutschland eine andere Bedeutung gewonnen, seit Hitler sie auferlegt. Alle Teilkritik ist deshalb von vornherein verlorene Mühe, sofern sie nicht immer aufs Ganze bezogen wird. Erst wenn das deutsche Volk das Gefühl bekommt, daß die für Hitler gebrachten Opfer sinnlos sind, weil die von ihm verkündeten Ziele keinen Wert besitzen, der ein Opfer lohnen könnte, erst dann werden die Maßnahmen der Diktatur wirklich unpopulär sein können. Aber diese Einsicht ist auf außenpolitischem Gebiet natürlich sehr viel schwerer zu bewirken, als in der Innenpolitik, wo die Resultate schneller reifen. Solange z. B. der Erfolg Hitlers Außenpolitik des fait accompli und der Spekulation auf den unbegrenzten Friedenswillen der anderen Staaten zu rechtfertigen scheint, sind die deutschen Hitlergegner auf diesem Gebiete machtlos. Nicht sie sind es, die dem deutschen Volke die Lehre erteilen können, daß Hitlers Bäume nicht in den Himmel wachsen und daß die Grenze der Konzessionen, die ihm in der Hoffnung gemacht werden, er werde endlich Frieden halten, früher erreicht sein wird, als die Verwirklichung einer solchen Machtfülle des Dritten Reiches, daß ein Krieg kein Risiko mehr ist. Angesichts des Charakters der deutschen Wirt-

schaft unter der nationalsozialistischen Diktatur als einer vorausgenommenen Kriegswirtschaft und der Tatsache, daß Hitler jetzt alles auf die Karte des außenpolitischen Erfolgs gesetzt hat, gibt es aber sozusagen nur noch deutsche Außenpolitik. Die einzige, aber große Stabilisierungschance des Dritten Reiches steht zur europäischen Diskussion.

*

Das Bild, das die Auslandspresse vielfach auf Grund der gewaltigen Demonstrationen während der Plebiszitkampagne in Deutschland gewonnen hat, das Bild einer einmütigen Begeisterung und Opferbereitschaft, trifft natürlich nicht zu. Es gibt sehr viel Kleinmut, eine ehrliche Kriegsangst und auch eine sehr ausgebreitete Opferscheu im Dritten Reiche. Ein sichtbarer Mißerfolg könnte über Nacht geradezu katastrophale Folgen für das Regime haben. Daß der Durchschnittsdeutsche das nationalsozialistische Zeremoniell nicht deshalb mitmacht, weil er überzeugter und begeisterter Nationalsozialist wäre, sondern weil alle so tun, »als ob« und weil das Mitmachen nützen, das Unterlassen aber schaden kann, diese Haltung hat man im Ausland noch gar nicht begriffen. Aber die sie begriffen haben, vergessen zu leicht, daß aus Gewohnheit sogar Liebe werden kann, und daß der Mangel an innerer Beteiligung nicht über die Tatsache hinwegtäuschen darf, daß Millionen von deutschen Menschen zu ihrer Betätigung als Nationalsozialisten zwar innere Vorbehalte machen, aber es keineswegs als unerhörte und erniedrigende Zumutung empfinden, sich so zu gebärden, wie ein echter und gläubiger Nationalsozialist sich gebärden muß. Es ist ein schlechter Trost, daß man gewiß sein darf, dieselben Leute hätten in einem sozialistischen Deutschland alle Anstrengungen gemacht, als gute Sozialisten zu erscheinen. Denn damit ist der Wert nicht gemindert, den sie als wenn nicht freiwillige so doch bereitwillige Massenbasis für die Hitlerdiktatur haben.

Alles kann Hitler dieser Masse zumuten, nur nicht eine Situation, in der er den Nimbus des Erfolges verliert. Denn dieser Schein muß ihm wichtiger sein als seine reale Macht selber. Wobei natürlich nicht vergessen werden darf, daß das Reichspropagandaministerium bereit steht, Erfolge in die Tatsachen hineinzuinterpretieren, daß also der gegenteilige Anschauungsunterricht schon sehr gründlich ausfallen muß, ehe ein Mißerfolg dem deutschen Volke zum Bewußtsein kommt.

Nachdem sogar in deutschen antifaschistischen Kreisen auf einmal der »große Staatsmann Hitler« entdeckt worden ist, weil er eine mit Händen greifbare Chance auszunutzen und weil er geschickt zu bluffen weiß, darf es nicht wundernehmen, daß der Durchschnittsdeutsche dieser Legende heißen Glauben entgegenbringt. Er vergleicht, was Hitler tut, und ungestraft tun darf, mit dem Druck, dem die Weimarer Republik unterworfen war, und macht sich deshalb die Vorstellung, daß Hitlers Vorgänger Dummköpfe oder Verbrecher gewesen seien, während er selbst das unerreichbare Genie — auch auf außenpolitischem Gebiet — darstelle. Wer denkt noch an die üblen Erfahrungen, die Deutschland mit dem Widerstand an der Ruhr gemacht hat, als Voraussetzungen zur Diskussion standen, die verglichen mit der Aufrüstung und der Besetzung der entmilitarisierten Zone wirklich als Kleinigkeiten zu betrachten sind. Die Erlebnisse der letzten Wochen scheinen denen recht zu geben, die erwartet haben, daß Hitler erfolgreich bleiben werde. Was Wunder, daß im Dritten Reich, der Chor der Bewunderer zur Zeit so laut ist, daß das Murren der Unzufriedenen völlig übertönt wird.

Das deutsche Volk ist im Augenblick dabei, wieder einmal dem Wunschtraum nachzujagen, daß ihm von außen geschenkt werden könne — und geschenkt werden müsse — was Hitler nach drei Jahren seiner Diktatur immer noch als unerfüllte Versprechung übrig gelassen hat: das Ende der Krise und die Wiederkehr einer Prosperität, die nachgerade schon sagenhaft geworden ist. Die Unterlassung einer gründlichen außenpolitischen Aufklärung rächt sich jetzt. Legenden, die nicht zerstört worden sind, als es Zeit war, haben die Form von Götzenbildern angenommen, vor denen eine ganze Nation ihre Opfer verrichtet.

*

Während so die Stimmung des deutschen Volkes gehalten und mit außenpolitischen Diversionen und Rüstungskonjunktur das wirtschaftliche und soziale Unvermögen der Diktatur verschleiert wird, hegen die wirklich Wissenden, wie Schacht und sein Kreis, die Hoffnung, mit den Mittelchen, über deren begrenzte Wirkungsdauer sie sich nicht im Unklaren sind, über die schlimme Zeit hinwegzukommen, bis Deutschland den Anschluß an eine Belebung der Weltkonjunktur gefunden habe, der es erlaube, ohne Vernachlässigung der Rüstung und Kriegsvorbereitung, auch die normale Friedenswirtschaft wieder in Gang zu bringen und damit einen Zustand herbeizuführen, der sich mit dem vor 1914 vergleichen lasse. Es wäre töricht, übersehen zu wollen, daß sie in dieser Beziehung auch eine Chance haben: den Wunsch Englands, die kapitalistische Krisenüberwindung, die sich anzukündigen scheint, nicht durch einen Konflikt in Europa stören und im Interesse einer möglichst vollkommenen Prosperität auch Deutschland daran teilnehmen zu lassen.

Immer vorausgesetzt, daß die Außenpolitik einen Ausweg aus der kritischen Situation dieser Tage findet, muß man also die Möglichkeit ins Auge fassen, Hitler-Deutschland noch einmal an der Alternative Krieg oder wirtschaftlicher Zusammenbruch vorbeikommen zu sehen. Kein Zweifel, daß die Diktatur es dann verstehen würe, Hilfe von außen (England) auf das eigene Erfolgskonto zu setzen. Wer sich Enttäuschungen ersparen will, tut gut, auch diese Möglichkeit in Betracht zu ziehen, die, darüber muß man sich vollkommen im klaren sein, gleichbedeutend wäre mit einer relativen Stabilisierung des Regimes. Einer Stabilisierung nämlich bis zu dem Zeitpunkt, zu dem es offenbar würde, daß auch die Erreichung der nächsten Hitlerschen »Kriegsziele«, die die Machthaber des Dritten Reiches ohne das Risiko eines wirklichen Krieges mit den Waffen, rein durch Propaganda, Bluff und Drohung, also durch ihren jetzigen »Krieg im Frieden« und mit denselben Mitteln, denen sie die Macht im Innern Deutschlands verdanken, zu erreichen hoffen, keine Lösung der deutschen Lebensfrage wäre. Es gibt Zyniker, die der Auffassung sind, Deutschland müsse Gelegenheit bekommen, sich außer für seine Rüstung auch noch für Kolonien zu ruinieren. Sie vergessen allerdings, daß ein Deutschland, dem ausländische Hilfe noch einmal ein paar Jahre nicht auf die Rüstungsindustrie und die Nutznießer der Staatssubventionen und Staatsaufträge beschränkter Prosperität ermöglicht hätte, sich in ganz anderem Maße auch wirtschaftlich und finanziell auf den wirklichen großen Krieg um die Hegemonie in Europa vorzubereiten vermöchte, als es das Dritte Reich bisher gekonnt hat.

*

Wie aber die Entwicklung auch verlaufen mag, das Experiment deutscher Politik, das mit dem Austritt aus dem Völkerbund eingeleitet, mit der Aufrüstung fortgesetzt und mit der Besetzung der entmilitarisier-

ten Zone hart an die territoriale Revision der Friedensverträge herangeführt wurde, muß seinen Fortgang nehmen und bis zu Ende durchgekostet werden, ehe die Mehrheit des deutschen Volkes innerlich Abstand zum Nationalsozialismus gewinnen und ein Gefühl dafür bekommen kann, daß die geistige und moralische Grundlage der Hitlerdiktatur die der menschlichen Niedertracht ist. Die innen-, wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen, die im Verlaufe dieses Experimentes noch erfolgen werden, können starkes partielles Mißvergnügen hervorrufen, historische Entscheidungen sind von ihnen nicht zu erwarten.

Klarer als je ist es deshalb, daß die Gegner der Diktatur im In- und Ausland, die ihr politisches Urteil unabhängig vom vorübergehenden Erfolg oder Mißerfolg des Regimes gefällt haben, auf jene gründliche Vorbereitungsarbeit angewiesen sind, die ihnen gleichzeitig als eine gewiß noch sehr schmerzliche Geduldsprobe aber auch als einzigartige Gelegenheit auferlegt ist, sich für die Größe der künftigen Aufgabe in jedem ihrer Bereiche zu schulen. Deutschland ist durch die Auslieferung der Macht an die Partei Adolf Hitlers so von Grund auf verdorben worden, daß auch die Wandlung, die Deutschland retten soll, von Grund auf vorbereitet werden muß.

Polen vor einer Krise

Von J. Landau.

1. Die Regierung Kościalkowski-Kwiatkowski

Wie sieht es bei Hitlers polnischem Verbündeten aus? Die internationale Aufmerksamkeit ist besonders auf die Außenpolitik gerichtet. Seitdem sich die internationale Lage bis zur Kriegsstimmung verschärft hat, sind aber die Probleme der polnischen Innenpolitik noch interessanter geworden. Den Höhepunkt erreichte der jetzige Regierungskurs in der Durchsetzung der »verbesserten« Verfassung. Aber anläßlich der Debatte über den neuen Wahlmodus begann es bereits zu hapern. Seit dieser Zeit lassen sich die Risse im Regierungslager immer weniger verbergen.

Mußte man schon mit der Möglichkeit einer kriegerischen Verwicklung rechnen, so konnte man sich nicht verhehlen, daß ein Krieg mit einem derart isolierten Regime nicht geführt werden kann. Zumal mit großen unterdrückten nationalen Minderheiten und mit Nachbarn, die jeden Augenblick gewisse Territorien zurückverlangen könnten. Doch welches Regime tritt freiwillig zurück? Dagegen kann man eine Regierung ohne wesentliche Schwierigkeiten über Bord werfen. So entstand die Regierung Kościalkowski mit dem Vizepräsidenten Kwiatkowski.

Beide Premiers veranstalteten vom ersten Tage an eine förmliche Wettjagd um die Gunst der Gesellschaft: spricht der eine an diesem Tage vor dem Sejm, so der andere tags darauf im Rundfunk. Beide wollen dasselbe; es geht ihnen um nichts weniger als um den »Kontakt mit der Gesellschaft«. Wenn aber je eine Regierung nicht zu beneiden war, so die Regierung Kościalkowski. Geht es doch für sie nicht allein um politische Wiedergutmachung, es geht um die Liquidation des wirtschaftlichen Ruins, den die Regierung als Erbe übernommen hat. Dies aber heißt nichts anderes, als daß sich die Regierung die Aufgabe gestellt hatte, sich am eigenen Zopf aus dem Sumpfe zu ziehen.

Die hohe Generalität ist der treibende Teil. Ein »modernes« Heereswesen frißt sündhaft viel Geld, und je länger je mehr. Aber woher nehmen bei den völlig zerrütteten Staatsfinanzen? Betrug im Jahre 1930/31 das Defizit 63 Millionen Zloty, so im Jahre 1931/32 bereits 215 Millionen, im Jahre 1934/35 236 Millionen und in den ersten sechs Monaten des Jahres 1935 163 Millionen. Das Defizit wuchs also täglich um eine Million. Es wachsen auch die Staatsschulden: im Jahre 1928 betrug die innere Anleihe 300 Millionen Zloty, im Jahre 1932 459 Millionen, 1934 630 Millionen und 1935 1700 Millionen. Die Gesamtverschuldung beträgt 4691 Millionen Zloty. Die Schuldentilgung betrug im Jahre 1926 2 Prozent vom Budget, im Jahre 1935 8 Prozent. Es sinkt der Gold- und Valutavorrat und es sinkt der Kassenbestand. Waren noch am 1. April 1930 650 Millionen Zloty bares Geld vorhanden, so am 1. Oktober 1935 lediglich 94 Millionen Zloty.

Deshalb ist es zu verstehen, warum Herr Kwiatkowski von der Radio-Station, wo er »Kontakt mit der Gesellschaft« verspach, zur Kabinettssitzung lief, um die Steuerschraube noch weiter anzuziehen. Es sind gerade die breiten Massen, die davon betroffen wurden, und die Beamten, die sich von neuem — zum wievielten Male schon? — einen Gehaltsabbau gefallen lassen mußten. Auf Kosten derjenigen also, die wegen ihres zu geringen Einkommens bisher von der Einkommensteuer befreit waren, sowie auf Kosten der Beamten ist das Staatsbudget ausgeglichen worden, allerdings zunächst auf dem geduldigen Papier. Die hohe Generalität schickte Herrn Kwiatkowski zur »Gesellschaft«, aber die Gesellschaft hat selber nichts, auch deren Gesamteinkommen sinkt katastrophal. Denn wie die Staatsfinanzen, und mehr noch als diese, ist die Wirtschaft zerrüttet. Dafür zeugen folgende Zahlen:

Die industrielle Produktion fiel insgesamt von 1928 bis 1933 um 45 Prozent. Konkret zeigt sich dieses Bild:

Kohle	1929	46,236.000,	1934	29,233.000	Tonnen
Petroleum	1928	743.000,	1934	529.000	Tonnen
Stahl	1930	1,238.000,	1934	856.000	Tonnen
Blei	1930	41.000,	1934	10.000	Tonnen

Entsprechend wächst die Arbeitslosigkeit. Von 1928 bis 1932 fallen die Arbeitsstunden von 1190 Millionen auf 628 Millionen. Im Jahre 1934 steigt diese Zahl etwas, auf 737.7 Millionen. Den getätigten Arbeitsstunden nach kommen auf je drei beschäftigte Arbeiter zwei Arbeitslose. Zieht man die Beschäftigungslosen auf dem Lande in Betracht, so gibt es in Polen schätzungsweise 6 Millionen arbeitsfähige Menschen ohne jegliches Einkommen. Aber auch das Einkommen der Beschäftigten ist unvergleichlich gering. In der Großindustrie betrug 1930 der durchschnittliche Lohn 27.7 Zloty wöchentlich, in der Kleinindustrie 22.8 Zloty wöchentlich, beim Zwischenmeister 14 Zloty wöchentlich. Im Verlaufe der letzten fünf Jahre fielen die Löhne um beinahe die Hälfte! Die gleichzeitig gefallenen Preise haben diesen Lohnabbau nicht wettmachen können. Die Pauperisierung greift um sich; von 800.000 Einwohnern in Warschau verdienen nur 63.000 genug, um von der Einkommensteuer erfaßt zu werden. Alle übrigen, das sind 60 Prozent der wirtschaftlich Tätigen, waren von dieser Steuer befreit. Ueber Nacht hat sich allerdings die Zahl der Steuerzahler erhöht, aber nur dank den Dekreten der neuen »liberalen« Regierung. Der durchschnittliche Verdienst der 63.000 Steuerzahler betrug im Jahre der guten Konjunktur, 1928, 8107 Zloty und fiel im Jahre 1933 auf 5567 Zloty. Fällt das Einkommen, fällt auch der Konsum —,

fällt der Konsum, fällt auch die Produktion, dann fällt wiederum das Einkommen. Doch die Generale brauchen Geld und erhöhte Steuern sowie verkürzte Gehälter schmälern weiterhin das Volkseinkommen. Andererseits brauchen die Generale nicht nur Geld; wie dieses ist ihnen auch gute Stimmung im Volke nötig. Und erhöhte Steuern verschlechtern die Stimmung. Eine widerspruchsvolle Lage!

Vor beinahe zehn Jahren ausgezogen, Polen zu sanieren, muß das Regierungslager, die »Sanacja«, gegenwärtig sich selbst sanieren. Sind die Resultate dieses Regimes einmal auf diesen Generalnenner gebracht, ist damit der Anfang seines Endes eingetreten.

2. Die Gesellschaft.

Das Echo aus der Gesellschaft auf den Ruf nach dem »Kontakt« ist für die Regierung Kościalkowski nichts weniger als ermunternd; aus dem Walde hallte es anders wider als hineingerufen. Nachdem die allerdringendsten finanziellen Bedürfnisse durch die Steuerdekrete befriedigt waren, mußte sich die Regierung daranmachen, den dadurch entstandenen schlechten Eindruck zu verwischen. Es kam ein Dekret wegen Verbilligung der Wohnungsmieten. Auch läßt sich nicht leugnen, daß die Regierung, wohl gestützt auf ihren großagrarischen Flügel, sich in einen Kampf gegen die Kartelle eingelassen hat, um die Monopolpreise zu reduzieren. Die Regierung erzwang die Verbilligung des Zuckers und der Kohle, widerspenstige Kartelle werden aufgelöst und es ergehen administrative Anweisungen gegen hohe Preise.

Indessen, was die Regierung unter großen Schwierigkeiten mit der einen Hand zu geben versucht, ist ein Bruchteil dessen, was sie mit der anderen genommen. Und wie es allen Regierungen einer kritischen Endphase eines Regimes geht, trägt die um die Ruhe und Zufriedenheit bedachte Politik erst recht Unruhe und Unzufriedenheit in die Gesellschaft. Wie sehr dies in Polen der Fall ist, kann nicht einmal die verschärfte Zensur vollkommen verbergen. Rechts von der Regierung entfalten Nationaldemokraten eine wilde antisemitische Agitation. In den Hochschulen beherrschen sie mit brutalem Terror das Feld. Von dort ergießt sich diese Welle in alle Winkel des Landes. Landauf, landab ziehen besonders die radikal-reaktionären Elemente der Nationaldemokraten mit der Botschaft herum, in kürzester Frist würden sie die Macht übernehmen. Dann erst würde Ordnung in Polen sein, würde der polnische Staat den Polen gehören. Links von der Regierung steht eine sich radikalisierende Bauernschaft. Auf dem letzten Kongreß der Bauernpartei ist die Bauernschaft zum eigentlichen Herrn im Hause erklärt worden; nur sie wäre in Polen zum Herrschen bestimmt, im übrigen verlange sie Land für die Bauern und Demokratie. Darum beanspruche sie die Hegemonie bei der Zusammenarbeit mit anderen Klassen; allerdings käme für die Zusammenarbeit vor allem die Arbeiterschaft in Frage. Neben den Bauern ist die Arbeiterklasse aktiviert worden. Die Liquidation der kommunistischen Splittergewerkschaften macht Fortschritte, die Werbekraft der Gewerkschaften nimmt sichtlich zu. Polnische und jüdische klassenbewußte Arbeiter finden sich überall zu Manifestationen gegen den Antisemitismus zusammen. In den von der Regierung geschaffenen Gewerkschaften entwickeln sich Tendenzen zum sozialistischen Lager hin.

Die Geister, die die Herren Kościalkowski und Kwiatkowski riefen — werden sie sie beherrschen können?

3. Der Kampf um die Amnestie.

Zu dem Zuckerbrot, das die Regierung neben ihren bitteren Pillen bereit hatte, gehört insbesondere die Ankündigung einer Amnestie. Um diese Amnestie entwickelt sich unerwartet und direkt sensationell ein Kampf, der, wie durch ein Prisma, die kritische Lage besonders widerspiegelte. Im Verlaufe dieses Kampfes machten der Sejm und Senat eine wunderlich anmutende Metamorphose durch; das Gegenteil eines Analogen zum deutschen Reichstag in der Periode des Bürgerblocks. Dort ein Parlament, aus demokratischen Wahlen, noch in der Blüte des »Parteiensystems« hervorgegangen, scharf in Fraktionen gegliedert, nach Programmen und Parteien. Und doch, was für ein Schattendasein führte dieser Reichstag! Hier dagegen, ein Sejm und Senat von der Regierung gesiebt, um ausdrücklich dem Parteiensystem ein Ende zu setzen. Man erstrebte ein »arbeitsfähiges Parlament«. Die Regierungsinitiatoren erhielten wunschgemäß einen Sejm und Senat mit Männern ohne politisches Rückgrat, ohne selbständige organisatorische Stütze in der Gesellschaft, mit Männern also, deren politisches Mameluckentum von vornherein derart feststand, daß sie selbst von Regierungskreisen nicht ernst genommen wurden. Von der oppositionellen Presse wurden der Sejm und Senat mit verdientem Hohn von oben herab behandelt, die ersten Parlamentsberichte dienten mehr der Belustigung als der Information. Aber mit einem Male ein Szenenwechsel: anläßlich der Debatte über das Amnestieprojekt sind zum ersten Male Töne laut geworden, die man von dorther am allerwenigsten erwartet hatte. Von der Rede des F ü r s t e n R a d z i w i l l, der sowohl die Amnestie für die polnischen Emigranten als auch die Auflösung des Konzentrationslagers in Kartuza-Bereza forderte, berichtete ein sozialistisches Blatt, hielte man die Augen zu, hätte man glauben können, es spricht ein radikaler Demokrat von echtem Schrot und Korn. Der »Robotnik« verlangte die Legalisierung der Kommunistischen Partei Polens mit der Begründung, jede Amnestie müsse wertlos bleiben, solange eine Partei vom Gesetz verfolgt wird und deren Mitgliedschaft allein schon strafbar ist. Da müssen schon in der Tiefe der polnischen Gesellschaft Kräfte reif geworden sein, die solche Wandlung bewirkten. Während in Deutschland unter Brünings Zeiten der Reichstag bei abnehmenden Klassenkräften zusehends an Bedeutung verlor, so umgekehrt in Polen, wo die zum Durchbruch strebenden Klassenkräfte dem Scheinparlament eine gewisse Bedeutung verliehen. Von den in der polnischen Gesellschaft brodelnden Kräften, die dem polnischen Parlament eine männliche Geste abzwangen, kann man noch ganz andere Dinge erwarten.

4. Die Bauern.

Die weitaus stärkste Klasse in Polen sind die Bauern. Jede politische Konzeption, die den Bauer in Polen ignoriert, hieße gerade in diesem Lande die Rechnung ohne den Wirt machen. Durch die im Dezember 1935 stattgefundenen zwei Bauernkongresse ist der polnische Bauer in den Mittelpunkt des Interesses geraten. Geben wir an dieser Stelle einem Sachkenner, M. O r z e c h, das Wort:

> »Es ist eine der Kardinalfragen in Polen: m i t w e m w e r d e n d i e p o l n i s c h e n B a u e r n m a s s e n g e h e n? Werden sie das heutige Regime stützen? Oder werden sie den Antisemiten folgen und deren Losung einer rein polnischen Wirtschaft? Oder ist es vielleicht möglich, daß die Bauern ein Stück des Weges oder gar den ganzen Weg mitmachen, den die Arbeiterklasse in ihrem Kampfe gegen den Kapitalismus zu gehen hat? ... Das erste, was man vom polnischen Dorf sagen muß, ist, daß es

nicht kulakisch ist. Es besitzt nicht, wie in Westeuropa, eine große Schicht mittelmäßiger Wirtschaften, die nicht zu reich, nicht zu groß, aber mittelmäßig vermögend sind und ihre Produkte auf den Markt werfen können und nicht wissen, was Hunger ist....

Anders die Lage im polnischen Dorf. Von den 3,25 Millionen landwirtschaftlichen Betrieben besitzen 1,1 Mill., d. h. 34 Prozent, von 0,6 bis 2 Hektar Boden und eine Million, oder beinahe 31 Prozent, von 2 bis 5 Hektar Boden. Also annähernd zwei Drittel aller landwirtschaftlichen Betriebe sind Parzellenwirtschaften, die wahren Erdhunger leiden. Deren Produktion reicht nicht aus, nur sich selbst zu ernähren... Ein erwachsener Bauer mit einer Wirtschaft bis 20 Hektar — das sind 97 Prozent aller landwirtschaftlichen Betriebe — gab im Jahre 1934-35 an barem Gelde durchschnittlich 39 Zloty und 53 Groschen aus!

Die Einkommen im polnischen Dorf haben einfach nicht ihresgleichen — derart niedrig sind sie. Darum ist in der Tat die Not im Dorfe viel größer als in der Stadt. Es ist keine Anekdote, daß ein Streichholz in vier Teile geteilt wird und viele Bäuerinnen gehen frühmorgens aus ihrer Bude um zu sehen, aus welchem Schornstein Rauch kommt; selbst ein Viertel Streichholz wird entbehrt. Das Salzwasser, in dem die Bäuerinnen die Kartoffeln kochen, wird nicht ausgegossen; man kocht darin so oft, bis das Wasser verdunstet. Auch das schmutzige Seifenwasser wird aufbewahrt und solange benutzt, bis es schwarz ist wie Dreck...« (M. Orzech: »Der Weg des polnischen Dorfes« in der »Neuen Volkszeitung« vom 10. 1. 1936.)

Zur Abrundung des Bildes stellt Orzech fest, daß 19.000 adlige Güter — 0.6 Prozent aller agrarischen Wirtschaften — 48 Prozent des gesamten Grund und Bodens in Polen umfassen. Besser kann der feudale Charakter Polens nicht gekennzeichnet werden. Es kann aber auch nicht besser klar gemacht werden, welch gewaltige bürgerlich-revolutionäre Kraft in Polen heranreift.

Die polnische Bauernbewegung ist nicht von gestern. In ihrer langen Geschichte gab es manchen Aufschwung und Niedergang. Gegenwärtig nimmt die Bauernbewegung allem Anschein nach einen neuen Anlauf. Ideologisch nahm er die Form eines imaginären Agrarismus an, wonach der Kapitalismus jede Gesellschaft zerstört, die Landwirtschaft dagegen als die Grundlage jedes Wohlstandes aufgefaßt wird. Dies wird verbunden mit einer romantischen Verklärung des Mittelalters. Doch an dieser nebelhaften Theorie sind Ecksteine eines Bauernprogramms sichtbar geworden, an denen die jetzigen Herrscher in Polen mitsamt ihren reaktionären Widersachern scheitern können. In der auf dem erwähnten Kongreß angenommenen und von der Zensur unterdrückten R e s o l u t i o n heißt es:

»Die kapitalistische Ordnung, die nur den Profit zum Ziele hat, erweist sich als unfähig, die jetzigen wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden.«

Die Bauernpartei erstrebt eine Ordnung auf folgenden Grundlagen.

1. Die physische und geistige Arbeit ist Grundlage allen gesellschaftlichen Einkommens;
2. Das Privateigentum muß dem gesellschaftlichen Interesse angepaßt sein und darf nicht zur Ausbeutung eines Menschen durch den anderen benutzt werden;
3. Geld kann nur sein ein Maß für Werte, ein Mittler des Tausches, ein Mittel zur Sparsamkeit, darf aber nicht ein Werkzeug zur Spekulation sein;
4. Die Planwirtschaft muß die Produktion dem gesellschaftlichen Bedürfnis anpassen und soll jedem Arbeit und gerechten Anteil am gesellschaftlichen Einkommen sichern.«

Darum verlangt die Bauernpartei:

1. Enteignung des Großgrundbesitzes ohne Entschädigung und Uebergabe des Bodens an diejenigen, die ihn persönlich bearbeiten;
2. Uebernahme der Großindustrie durch die Gesellschaft, (Genossenschaften, Selbstverwaltungen);
3. Vergesellschaftung der Banken;
4. Ersetzung des Privathandels durch Genossenschaften.

Die Bauernpartei hat sich also zu einem Programm aufgeschwungen, das weit über ein einfaches Bauernprogramm hinausgeht. Es ist dies — schlecht oder recht — eine Konzeption eines gesamtnationalen Umbaues, die objektiv in der Richtung zum Sozialismus liegt. Zur Bekräftigung ihrer fortschrittlichen, radikalen Tendenz heißt es zum Schluß der Resolution:

»Der Kongreß gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß im Kampfe gegen jede Diktatur für eine demokratische Ordnung und für einen sozialen Umbau, mit dem Zwecke, die Ausbeutung der breiten Massen zu beseitigen, die Bauernpartei durch die organisierte Arbeiterschaft vollständige Mitwirkung und Unterstützung finden wird.«

Daß die Bauernpartei am Privateigentum des kleinen Bauern festhält, kann selbst vom Standpunkt des marxistischen Sozialismus nicht kritisiert werden. Denn auch eine proletarische Partei, wenn sie nur ernsthaft die Macht in der Gesellschaft will, muß nicht nur den Schutz des Privateigentums des kleinen Bauern zur eigenen Aufgabe machen, sondern sogar den kleinen Bauern auf Kosten des Großgrundbesitzes bereichern. Der Weg zum Sozialismus geht eben nicht über Enteignung des kleinen Bauern und Vernichtung seiner Privatinitiative, sondern über Konsolidierung seines kleinen Besitzes und spätere Kollektivisierung unter der Herrschaft eines sozialistischen Staates. Hat man es noch dazu mit einer Bauernschaft zu tun, die der Arbeiterklasse das Recht der Vergesellschaftung der Großindustrie, des Kreditwesens und des Handels zuerkennt, sogar diese Vergesellschaftung zur Bedingung ihres eigenen Wohlstandes macht, dann kann der Uebergang der einen Gesellschaftsordnung in die andere eine revolutionäre Demokratie sein, die auf eine gemeinsame Herrschaft der Bauernschaft und der Arbeiterklasse zum Zwecke eines sozialistischen Umbaues der Gesellschaft beruht.

5. Die sozialistische Bewegung.

Die polnischen Probleme haben außerordentlich an Aktualität gewonnen, sie sind aber noch nicht akut. Akut würden sie erst werden, wenn sie unabhängig von der Außenpolitik an Schärfe zunehmen würden. Soweit sind die Dinge noch nicht gediehen. Polen, dessen entscheidender Teil einmal ein Element russischer Geschichte war, nähert sich auf selbständigem Wege einer Art Februar-Revolution. Sowohl der Gesellschaftsstruktur wie der Entwicklungsphase nach gleicht Polen in manchen Punkten dem vorrevolutionären Rußland: eine gewaltige erdhungrige Bauernmasse, ein kampfgewohntes Proletariat, eine verelendete Intelligenz und oben eine sehr dünne Schicht feudaler Großgrundbesitzer und Kapitalisten. Wirtschaftlich steht Polen erst am Anfang kapitalistischer Entwicklung. Mit vollem Recht kann man hier das Wort anwenden, das Engels seinerzeit in bezug auf Deutschland sagte: mehr noch als am Kapitalismus leidet Polen am Mangel an Kapitalismus. In dieser Formel lassen sich die Widersprüche im heutigen Polen zusammenfassen. Die Widersprüche zwischen einem modernen Heereswesen und der fehlenden großindustriellen Basis, zwischen den Finanzbedürfnissen eines

modernen Staates und der mangelnden Produktivität der Wirtschaft sind die innerste Triebfeder der jüngsten polnischen Geschichte. Sie sind es auch, die gewaltsam den Hausfrieden im Regierungslager zerstörten und je länger, je mehr in einen Bruderkrieg umwandeln und dem Klassenkampf in Polen freie Bahn schaffen. Entscheidend für Polen ist, daß diese Widersprüche nicht entstanden sind aus Schwierigkeiten, die sich der Kapitalismus im Verlaufe seiner Entwicklung selber schafft, sondern aus Schwierigkeiten, die von der noch nicht überwundenen vorkapitalistischen Epoche stammen.

Wird jedoch die sozialistische Bewegung Polens es verstehen, diese Lage zu nutzen?

Von den drei Hauptparteien des Sozialismus: »Polska Partja Socjalistyczna« (PPS), »Bund« und »Kommunistische Partei Polens« (KPP) unterscheidet sich die PPS als Ganzes genommen, bei allen Verdiensten der revolutionär-sozialistischen Richtung, durch nichts von den reformistischen Parteien der vorfaschistischen Zeit. Die Reihen der KPP sind durch fortgesetzte innere Krisen desorganisiert. Ihre selbständigen Köpfe sind längst abgestoßen. Seit der Wendung der Kommunistischen Internationale zur Einheits- und Volksfront ist die KPP in eine Verwirrung geraten, die wohl ihresgleichen nicht hat. Die jahrelang gegen den Sozialfaschismus einexerzierte KPP hat beinahe über Nacht eine Schwenkung zur Volksfront vollzogen, die über die bürgerliche Reaktion hinausreicht. Die Partei des jüdischen Proletariats, der »Bund«, führt einen energischen Kampf gegen die Welle von Opportunismus, die von der KPP ausgeht.

Doch der »Bund« tut im Eifer des Gefechtes des Guten zu viel. Indem er gegen den kommunistisch verzerrten Gedanken der Volksfront einen notwendigen Kampf führt, verwirft er zugleich den richtigen Kern. Erstens wird übersehen, daß die Volksfront in Frankreich trotz ihrer sehr gefährlichen parlamentarischen Selbstbeschränkung gegen den Faschismus bedeutende Erfolge zu verzeichnen hat. Zweitens: wenn es irgendwo auf Erden ein Land gibt, wo eine revolutionäre Volksfront möglich und notwendig ist — ist es Polen! Ist denn eine um Land und Demokratie kämpfende Bauernschaft in einer gemeinsamen Front mit dem um Sozialisierung der Großindustrie kämpfenden Proletariat etwas anderes als eine wahre Volksfront?

Der starre Panzer in Polen beginnt zu krachen, es kommt jetzt darauf an, daß die sozialistische Bewegung eine kommende Chance ergreift.

Napoleon III. und Hitler

Bonapartismus und Faschismus

Von Fritz Alsen.

Die Diktatur Napoleon III. wurde durch den Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 begründet. Sie endete nicht erst mit der Ausrufung der Republik nach der Niederlage von Sedan, sondern schon Anfang der 60er Jahre ging der Kaiser zu einem liberalen Regime über, das schließlich einer konstitutionellen, beinahe parlamentarischen Monarchie glich.

Marx[1]) hat lebendig geschildert, welche widerspruchsvollen Auf-

---

1) Marx, Der 18. Brumaire des Louis Bonaparte. Insbesondere im Schlußabschnitt VII.

gaben der »Chef der Gesellschaft vom 10. Dezember« als französisches Staatsoberhaupt zu erfüllen hatte. In einer Zeit des allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwungs, der sprunghaften technischen und kommerziellen Entwicklung fürchtete die Mittelklasse, die zu unruhige politische Entwicklung, die durch die Ereignisse des Jahres 1848 eingeleitet war, würde sie um den erhofften Profit bringen. Der Parzellenbauer wollte sein eben erst dem feudalen Grundherrn abgewonnenes freies Eigentum nicht wieder verlieren. Das Großbürgertum suchte sich durch das gerade zur Entfaltung kommende Banksystem seine Herrschaft zu sichern. »Bonaparte möchte als der patriarchalische Wohltäter aller Klassen erscheinen. Aber er kann keiner geben, ohne der anderen zu nehmen[2]).« Wir kennen jene demagogischen Programme der Diktatoren, die allen alles versprechen, um schließlich mit Sicherheit auf die Rücken der Arbeitenden abzuwälzen, was die Versprechungen an die Besitzenden gekostet haben.

Die Formen, in denen Napoleon sich gegen die Arbeiter durchsetzte, ähneln in vielem denjenigen, die wir aus den deutschen Ereignissen des Jahres 1933[3]) kennen. Fast unmittelbar nach dem Staatsstreich wurden sämtliche Arbeiterassoziationen mit gewerkschaftsähnlichem Charakter aufgelöst. Von 299 Arbeiterkorporationen konnten nur 15 ein klägliches Dasein fortfristen. Aber auch Napoleon begnügte sich nicht mit negativen Maßnahmen, er schuf durch das Dekret vom 26. März 1852 einen besonderen Typ von konzessionierten Arbeiterorganisationen: ihr Vorsitzender bedurfte der Bestätigung durch das Staatsoberhaupt, sie mußten »Ehrenmitglieder« zulassen. Diese Ehrenmitglieder wurden natürlich den Unternehmerkreisen entnommen, um so Arbeiter und Unternehmer »einander näher zu bringen«. »Stellt man die Arbeitergesellschaften,« so heißt es in einem Zirkular des Innenministers, »unter den Schutz der Religion, so belebt man die besten Traditionen der alten Zünfte, die unter dem Banner und dem Namen eines Heiligen marschierten.« Dafür war es natürlich diesen Gesellschaften strengstens untersagt, etwa Hilfeleistung im Fall der Arbeitslosigkeit zu gewähren oder gar Streiks zu führen. Das zweite Kaiserreich durfte damals zunächst so wenig wie das Dritte Reich heute den Arbeitern wirkliche Organisationen geben, so lange es ein Lebensinteresse an der Isolierung und Atomisierung der Arbeiterschaft hatte.

Die obligatorische Einführung des Arbeitsbuchs wurde in der Regierungserklärung pathetisch als »neuer Sympathiebeweis für die Arbeiterklasse« angekündigt. Wir wissen, daß es in erster Linie die Funktion hat, unliebsame Elemente von jeder Arbeitsstelle fernzuhalten und, weit wichtiger, die Freizügigkeit der Arbeiter dort aufzuheben, wo sie den Bedürfnissen des Kapitalismus nicht, noch nicht oder nicht mehr entspricht. »Alle Maßnahmen, die der Kaiser im Hinblick auf die Arbeiterklasse ergriff, zeugten von jenem Geist der Bevormundung, der polizeilichen Ueberwachung, der jedem wahrhaften Emanzipationsversuch feind ist[4]).«

Es wurden öffentliche Arbeiten in Angriff genommen, die

---

[2]) Marx a. a. O. S. 110, Dietz 1914.

[3]) Für die vorliegende Arbeit wurden im wesentlichen zeitgenössische Quellen benutzt; in erster Linie die wertvollen staatsanwaltlichen Berichte. (Archives Nationales, Paris. Aktenzeichen BB 30/376 ff.) Eine sehr inhaltsreiche Darstellung des zweiten Kaiserreiches gibt Albert Thomas in der von Jaurès besorgten »Histoire Socialiste (1789—1900)«.

[4]) Vgl. Thomas a. a. O. S. 66.

dem Teil des Proletariats, dem Napoleon in den Jahren der Präsidentschaft seine Popularität verdankte, zu Brot und Arbeit verhelfen sollte. Aber bald wurden Klagen laut, daß unsinnige Arbeiten auf Kosten der Steuerzahler ausgeführt würden. Ueberall konnten die Unternehmer mit behördlicher Duldung *Betriebsordnungen* einführen, die an militärischer Schärfe keinem Exerzierreglement nachstanden: für die kleinsten Vergehen wurden Strafgelder festgesetzt; vielfach wurde absolutes Sprechverbot angeordnet, das damals wie heute die Atomisierung der Arbeiterschaft verstärken wollte. Die Löhne stiegen zwar während der ganzen Zeit des Kaiserreichs, wie stets in der Zeit wirtschaftlichen Aufschwungs. Doch die Preise stiegen durchschnittlich weit mehr, so daß der *Reallohn* sämtlicher Arbeiterkategorien *sank*.

Bei allen Unterschieden, die durch die verschiedene Entwicklungsstufe des Kapitalismus bedingt sind, erkennt man gewisse, teilweise sogar recht weitgehend übereinstimmende Merkmale zwischen der Lage der Arbeiterschaft unter der Diktatur von damals und der von heute. Gilt das gleiche von der Reaktion der Arbeiterschaft auf ihre Lage?

*

Die eigentliche *politische Opposition* gegen das Regime des dritten Napoleon war sofort nach dem Staatsstreich in die *Emigration* gegangen. Sie hauste im Brüsseler und Londoner Elend und dachte jahrelang, die Diktatur würde »nur einen Tag dauern«. Während das Regime — und auch darin fand es in der Gegenwart Nachahmer — alle Gegner einheitlich als die »Roten« kennzeichnete, zerfleischte sich die Emigration in Streitigkeiten und Zänkereien um Richtungen, Tendenzen und um — Geld. Die Bewegung im Lande half lange Zeit durch große finanzielle Opfer den emigrierten Führern, die Verbindung zwischen draußen und drinnen bestand auch technisch fort. Aber schon bald nach dem Staatsstreich entstand eine Kluft zwischen den Diskussionen im Ausland und den Auffassungen im Inland, wie sie größer kaum gedacht werden kann. Stritt man sich draußen über die zwischen 1848 und 1850 gemachten Fehler, über Republikanismus und Sozialismus, über Proudhonismus, Marxismus und Blanquismus, so gingen den Genossen im Land klare politische Vorstellungen über die Revolution, ihren Weg und ihr Ziel mehr und mehr verloren.

Gerade die *Arbeiterschaft* war es, die von dem Regime zunächst weitgehend gewonnen zu sein schien oder mindestens dem neuen »sozialen« Kaiser abwartend Kredit zu geben bereit war. Wie jeder Diktator wußte Napoleon, daß er dort, wo das Brot knapp würde, Spiele liefern müsse. Die glanzvollen Feste des Kaiserreichs wurden berühmt und gaben immer wieder Gelegenheit, dem Volk »Wohlwollen und Freigebigkeit« zu erweisen. Der Staatsanzeiger begründete schließlich die ungeheuren Ausgaben entschuldigend: »Die Kosten eines großen Balls, fallen als Goldregen auf die Industrie zurück.«

Aber die fast völlige Lähmung der Arbeiterschaft währte nicht lange. Die regelmäßigen Berichte der Staatsanwalte, die über die allgemeine Verfassung der »Volksseele« zu berichten hatten, also gleichzeitig Funktionen der politischen Polizei erfüllten, geben ein getreues Bild der von Jahr zu Jahr wachsenden oppositionellen Stimmungen und ihres Ausdrucks. Was bei den Berichten aus fast allen Departements auffällt, ist der Hinweis, daß der Widerstand nicht etwa aus der »Verseuchung« mit sozialistischem Gedankengut erwächst, ja daß er häufig nicht einmal einen offenen sozialistischen Ausdruck fin-

det. So wird aus Lyon berichtet[5]). »Die Arbeiterklasse fühlt sich durch das Klasseninteresse verbunden. Diese Klasseninteressen brauchen durchaus keinen Parteicharakter zu tragen, sie können allen sozialistischen Forderungen fremd sein und nehmen dennoch einen bedeutenden Platz im Leben des Arbeiters ein. Sie leben mit Beharrlichkeit in einer besonderen Form des Gemeinschaftsgeistes weiter und der Wunsch nach ihrer Befriedigung kann einst von irgend einer beliebigen Partei auf ihr Banner geschrieben werden.« Ein anderer Staatsanwalt berichtet 1853: »Es herrscht eine Art von Glauben, eine politische Religion, deren Katakomben die Betriebe sind.« »Das Wort, ‚man beutet uns aus', wird das Credo, das selbst die noch Zaghaften insgeheim ständig wiederholen,« berichtet ein zeitgenössischer Schriftsteller[6]). Ein anderer teilt mit[7]): »Die Arbeiter suchen ganz instinktiv in ihren Korporationen, in der beruflichen Solidarität ein Mittel des Widerstands ... Es sind die reinen Berufsinteressen, die sich einen Weg bahnen.« Mehrfach wird bemerkt, daß zum Beispiel die Pariser Arbeiterschaft sich durchaus keine Gedanken »über die grundsätzliche Seite der sozialen Fragen macht«, daß sie nicht die »grandiosen Aspekte« begreift, sondern vielmehr darauf bedacht ist, die eigene Existenz menschlicher zu gestalten.[8])

Dieses neue Solidaritätsgefühl fand in den verschiedenen Teilen Frankreichs und in den verschiedenen Arbeiterkategorien verschiedenen Ausdruck. In Paris, wo damals wie heute die kleine Industrie vorherrschte, äußerte es sich hauptsächlich in einem Stolz auf die traditionellen Korporationen. In Lyon gingen die Arbeiter soweit, die Aufstellung von Lohntarifen zu verlangen. »Die geschicktesten Arbeiter, die Maler und Vergolder, sind es vor allem, die jene Doktrinen teilen,« klagt ein Staatsanwalt aus der Provinz.

Bald spürten die Arbeiter, daß sie dieses neue Solidaritätsgefühl nicht vereinzelt durchsetzen könnten, daß sie neue organisatorische Möglichkeiten finden müßten, die ihnen gemeinsames Vorgehen erlaubten. Auch hier sind die gewählten Formen verschieden. In dem einen Fall sind es wahre Geheimorganisationen, die im Betrieb begründet werden. »Sie finden einen vorgebildeten Rahmen in den gemeinsamen Interessen und an den Arbeitsstätten, denn fast immer beginnen diese Geheimgesellschaften zwischen Arbeitern, die nebeneinander arbeiten,« bemerkt ein amtlicher Bericht. In anderen Fällen werden die kaiserlich autorisierten Genossenschaften, die gerade dem Klassenfrieden dienen sollten, dazu ausgenützt, um die Klasseninteressen durchzusetzen. Das geht einmal so weit, daß nach einer streikähnlichen Bewegung die Streikbrecher kurzerhand aus der Korporation ausgeschlossen werden. »Es ist gewiß sehr befriedigend anzunehmen, man würde Geheimgesellschaften vermeiden, indem man autorisierte Gesellschaften zuläßt,« höhnt ein Staatsanwalt, »aber der Arbeiterklasse fehlt nichts als eben die Organisation und nun sind es die angeblichen Unterstützungsvereine, die ihnen jene Organisation geben.« Es wurden durchaus nicht alle kaiserlichen Einrichtungen als »gelb« abgelehnt, sondern es gab ständig Meinungsverschiedenheiten, wie weit man sich jener Einrichtungen bedienen solle, um zu versuchen, Forderungen

---

[5]) Archives Nationales BB 30/379.

[6]) Audiganne, Populations ouvrières de la France. Bd. II. S. 395.

[7]) Louis Reyband, De la condition des ouvriers soie 3. VIII.

[8]) Vergleiche noch die zusammenfassende Arbeit von A. Codrin, De la condition des ouvriers français d'après les denniers travaux.

durchzusetzen. Am klarsten sah der Ziseleur T o u l a i n, der in der Geschichte der französischen Arbeiterbewegung noch eine hervorragende Rolle zu spielen hatte: »Wir brauchen eine Vertretung, in der sich keinerlei Unternehmereinfluß durchsetzen kann. Eine solche aber wird man uns nicht zugestehen.«

Langsam beginnen die Bewegungen, einen b e w u ß t p o l i t i s c h e n C h a r a k t e r anzunehmen: »Der Arbeiter ist heute kommunistisch oder ein Apostel der Gleichheit, wie der Bürger vor 1789 aufgeklärt war,« berichtet ein Staatsanwalt. »Die Maschinenbaufabriken und die Eisenbahnen (also die Betriebsstätten qualifizierter moderner Industriearbeiter) sind heute als Hauptquartiere des Sozialismus anzusehen.« ... Die Beerdigungen bekannter und beliebter Republikaner bilden willkommenen Anlaß, das Demonstrationsverbot zu umgehen und die neugefundene Solidarität zu manifestieren.

Aber alle diese politischen Bewegungen sind erst vereinzelte Folgen der vom Betrieb ausgegangenen Aktionen. Während ein schärferer Regierungskurs — etwa nach dem Attentat Orsinis auf das Staatsoberhaupt — unschwer dem ganzen »republikanischen Spuk« auf Monate ein Ende macht, ist der Widerstand der Arbeiterschaft im Betriebe ununterbrochen vorhanden, weil er aus den unmittelbaren Lebensinteressen immer wieder neu entsteht.

So nimmt es nicht wunder, daß das Koalitionsverbot mehr und mehr umgangen wird, daß hier und da Streiks ausgelöst wurden. Waren 1853 wegen Uebertretung des Koalitionsverbots 533 Verurteilungen ergangen, so war diese Zahl 1855 auf 1065 angeschwollen. Von da ab geben die amtlichen Statistiken kein zuverlässiges Bild mehr, weil mehr oder weniger offiziell darauf verzichtet werden mußte, alle Uebertretungen, selbst alle Streiks zu verfolgen. Ergangene Urteile wurden häufig durch Gnadenakt des Kaisers aufgehoben. Der Kaiser schwankte damals, — es handelt sich um die Zeit von 1860 — ob er der Arbeiterschaft weitergehende Rechte zugestehen oder den beginnenden Widerstand in Terror ersticken sollte. Die allgemeine Entwicklung trieb ihn auf den ersten Weg.

Die französische Wirtschaft und Industrie hatten sich in den ersten Jahren des napoleonischen Regimes mächtig entwickelt. Nicht weil die kaiserliche Wirtschaftspolitik besonders genial gewesen wäre, sondern weil ein T a u m e l d e s A u f s c h w u n g s d a m a l s ü b e r g a n z E u r o p a g i n g. Es wurden die großen Institute des Crédit foncier und des Mobilier foncier gegründet, die noch heute das französische Kreditsystem bestimmen, die Bank von Frankreich eröffnete in jedem Departement mindestens eine Filiale, die großen privaten Eisenbahngesellschaften begannen mit dem Ausbau ihres Liniennetzes. Hinter dem Schutz von Zollschranken blühte die französische Industrie auf. Jetzt aber schien es — vor allem dem Finanzkapital — vorteilhafter, vom Schutzzoll zum Freihandel überzugehen. Gegen 1860 gelang es den am Freihandel interessierten Kreisen, sich beim Kaiser durchzusetzen, der sich damit freilich gegen einen Teil der Industrie wandte, die ihn bisher gestützt hatte. Sollte die Basis des Regimes nicht zu schmal werden, so mußte Napoleon eine neue »Massenbasis« suchen und er glaubte, sie in der Arbeiterschaft zu finden, die mit eben jenem industriellen Kapital im Kampf lag, das dem Kaiser Schwierigkeiten zu machen suchte.

Hier endet daher die Epoche der eigentlichen Diktatur Napoleons III.: die Lage der arbeitenden Klasse von dieser Zeit ab ist nur noch wenig vergleichbar mit den heutigen Zuständen unter dem Faschismus. Immer

mehr gewerkschaftliche Rechte wurden den Arbeitern zugestanden, schließlich konnte man ihnen auch die politischen nicht vorenthalten.

*

Die Darstellung der Geschichte der napoleonischen Diktatur zeigt, wie wenig trotz scheinbarer Aehnlichkeiten der Ausgangssituation die Entwicklung des Widerstandes der Arbeiterschaft von damals dem Oppositionskampf von heute gleichgesetzt werden kann. Damals, im Zeitalter eines kapitalistischen Aufschwunges, konnte und mußte das freie Spiel der Kräfte wieder hergestellt werden, nachdem erst einmal der Frieden im Inneren leidlich gesichert schien. Ein weiteres Niederhalten der Arbeiterschaft hätte einen überflüssigen Kraftaufwand des Regimes bedeutet. (Die Situation ähnelte der Lage bei Aufhebung des Sozialistengesetzes, wie denn überhaupt die Herrschaft Bismarcks in vielem dem Bonapartismus gleicht.) Ganz anders der Faschismus, dem zwar auch immer wieder die Tendenz zum solidarischen Zusammenschluß als eine Grundkraft aller kapitalistischen Gesellschaft entgegentritt[9]), der aber diese Tendenz bei Strafe seines Untergangs unterdrücken muß, während der Bonapartismus sich in neue zweckmäßigere Formen eines mehr demokratischen Regimes entwickeln kann. Darum kommen auch beispielsweise den einzelnen Ausdrucksformen des Widerstands hier und dort eine ganz verschiedene Bedeutung zu. Wäre der Faschismus nicht der Faschismus, so könnte den behördlich autorisierten »Massenorganisationen« wirklich die Bedeutung für die Durchsetzung der Arbeiterinteressen zukommen, die ihnen die Brüsseler Beschlüsse der KPD geben wollen. Unter den Bonapartismus war dies, wie wir gesehen haben, wohl möglich. Unter dem Faschismus ist der Charakter dieser Organisationen ein rein negativer, der auch nicht durch den Willen versprengter antifaschistischer Kader zu einem positiven Ansatzpunkt »gewerkschaftlicher« Arbeit wird.

Eine wertvolle Analogie zwischen dem Kampf gegen Bonapartismus und dem Kampf gegen Faschismus ergibt sich aber: die oppositionelle Bewegung läßt sich nicht nach Grundsätzen und Prinzipien modeln, mag es sich um solche der Emigration oder die der illegalen Parteireste im Innern handeln. Ihr eigentlicher Motor ist die proletarische Solidarität, die immer wieder an der Arbeitsstelle erwachen muß.

Der Etatismus*)

Eine neue Etappe des Kapitalismus.

Von **Kurt Marso.**

1. Die staatliche Wirtschaftsregulierung.

Eine der augenfälligsten Erscheinungen der Nachkriegswirtschaft ist die Zunahme der staatlichen Eingriffe in den Wirtschaftsablauf in allen kapitalistischen Ländern. Sehen wir ab von den Staatseingriffen in die

---

[9]) Vgl. Sering, Der Faschismus. Zeitschrift f. Soz. Heft 26/27. S. 854.

*) Der Artikel faßt die Ergebnisse einer umfangreichen Untersuchung zusammen, die von dem Verfasser gemeinsam mit Max Bergner, von dem die entscheidenden Anregungen zur theoretischen Konzipierung des Etatismus als neuer kapitalistischer Etappe ausgingen, vorgenommen wurde.

Wirtschaft während des Krieges, die besonderer, eben »kriegswirtschaftlicher« Natur waren, so haben die wirtschaftsregulierenden Staatsmaßnahmen quantitativ und qualitativ in den Jahren seit Ausbruch der Weltwirtschaftskrise bis zum Jahre 1934 ihre bisher größte Häufung erfahren. Den Gesamtkomplex der staatlichen Wirtschaftsregulierung bezeichnen wir als Etatismus. Die Durchsetzung eines neuen Konjunkturaufschwungs im Jahre 1935 veranlaßt in einzelnen Ländern einen Abbau der staatlichen Wirtschaftsregulierung, der von den Interessenten einer freien Ausnützung der sich wieder bietenden Profitchancen mit mehr oder minder sanfter Gewalt gegen die weiter des Staatsschutzes bedürftigen Wirtschaftszweige durchgesetzt wird.

Ein Ueberblick über die wichtigsten staatlichen Eingriffe in die Wirtschaft ergibt folgendes Bild:

Organisierung von direkten Kapitalvernichtungen (Zwangsstillegungen, Anbaubeschränkungen, Rohstoffvernichtung u. ä.); direkte und indirekte Subventionen und Stützungen; Kreditregulierung, Staatseingriffe in das Verhältnis Schuldner—Gläubiger, Börsenregulierung, Aktienemissionssperren, Zwangsmobilisierung von Sparkapital; Währungsmanipulationen; Produktionsregulierung (Zwangskartelle, Rohstoffzuteilung, Investitionsgebote und -verbote, Vorschriften über die Anwendung oder Nichtanwendung von Maschinen usw.); Absatzregulierungen (Kartelle, gesetzliche Marktordnung, Festpreise, Regulierung der Handelsspanne, Kalkulationsvorschriften u. ä.); Außenhandelsregulierungen; staatliche Lohnbindungen und Zwangsarbeit.

Es erübrigt sich, diese Liste durch Beispiele zu belegen. Sie sind fast täglich in den Wirtschaftsteilen der Tageszeitungen zu finden. In der obigen Aufzählung wird nicht die Verstaatlichung von Betrieben erwähnt. Sie kommt, wie in früheren Phasen des Kapitalismus, auch heute vor, speziell bei den allgemeinen Versorgungsbetrieben. Doch ist die Verstaatlichung, wie wir sehen werden, nicht das Ziel des Etatismus, sondern die staatliche Lenkung des Privatkapitalismus. In der Krise dem Staat anheimgefallene Unternehmungen werden im Gegenteil so bald wie möglich reprivatisiert. Etatismus ist kein Staatskapitalismus, sondern vielmehr ein »Gegengift« sowohl gegen Verstaatlichungs- wie Sozialisierungstendenzen.

Am lückenlosesten ist das System der staatlichen Wirschaftsdirigierung in den vorderasiatischen Diktaturen, voran die Türkei, durchgeführt, wo wir es aber eigentlich mit einem vollendeten Staatskapitalismus, mit nur sehr geringfügigem privatkapitalistischem Sektor zu tun haben. Diese Länder, in denen der Staat treibhausmäßig und vorwiegend aus militärischen Gründen die industrielle Entwicklung Europas nachzuholen sucht, bilden einen Sonderfall, der in unserer Betrachtung außer acht gelassen werden muß. Es folgen die faschistischen Staaten Italien und Deutschland, sowie die halbfaschistischen Japan und Polen. Diese Länder halten grundsätzlich am Privatkapitalismus fest, nehmen aber auch grundsätzlich für den Staat das Recht in Anspruch, lenkend, richtunggebend, je nach »staatspolitischer« Notwendigkeit, hemmend oder fördernd die private Initiative zu beeinflussen. Sie sind die eigentlichen, die »klassischen« etatistischen Länder. Im Gegensatz dazu stehen die kapitalistischen Demokratien, deren Regierungen sich nur zögernd zu staatlichen Regulierungsmaßnahmen entschließen. Sie haben es zwar im Verlauf der letzten Jahre unter dem Druck der Krise in zunehmendem Maße und in zum Teil tiefgreifender Weise getan — kein Staat hat eine Ausnahme gemacht — aber alle Eingriffe wurden und werden als Notmaßnahmen, als einmalige Mittel zur

Krisenüberwindung entschuldigt. Daß eine prinzipiell neue Wirtschaftspolitik betrieben wird —, das wird nur ungern zugegeben. Eine Ausnahme machen zur Zeit unter den demokratischen Ländern Belgien und die Tschechoslowakei, wo die staatlich dirigierte Wirtschaft, der Etatismus — ein Ausdruck, der vom Präsidenten Beneš wiederholt und betont auf die Wirtschaftspolitik der ČSR angewandt wurde, — zum fundamentalen Programmpunkt der Regierung gemacht worden ist.

Vielleicht ist gerade die Tschechoslowakei als Beispiel für die Grundmerkmale des Etatismus besonders geeignet, eben weil es ein demokratisches und ein »gemäßigtes« Beispiel ist. Das Prinzip, nach dem der tschechoslowakische Etatismus strebt, ist die auf der Basis der Selbstverwaltung aufgebaute, staatlich garantierte und staatlich gelenkte Organisierung von Produktion und Absatz in Landwirtschaft und Industrie. Der Anstoß zu dieser Entwicklung und diesen Bestrebungen ging von der bäuerlichen Landwirtschaft aus, die durch die Weltagrarkrise und die allgemeine Weltwirtschaftskrise in ihrer ganzen Existenz bedroht war. Das Getreidemonopol, das durch eine Regelung der Tierproduktion ergänzt werden soll, brachte (im Zusammenhang allerdings mit der internationalen Erholung der Agrarwirtschaft) eine wesentliche Sanierung der Landwirtschaft in der ČSR. Sie wird weiter geführt durch eine in Gang befindliche Entschuldungsaktion. Die Pläne für eine dirigierte Wirtschaft in der Industrie der Tschechoslowakei befinden sich noch im Embryonalzustand. Sie laufen am wesentlichen auf Syndizierung (freiwillige und zwangsweise), Exportsubventionierung und regionale Verlagerung hinaus. Zur Zeit ist die Syndizierung der Textilindustrie in Vorbereitung und lebhaft umstritten.

Diese Streiflichter genügen, um bereits einige der wesentlichen Elemente des Etatismus aufzuzeigen. Der Anstoß ging in der ČSR, wie fast überall, von der Agrarwirtschaft aus, d. h. einem an den Rand des Ruins geratenen ausschlaggebenden Teil der kapitalistischen Wirtschaft, dem es in keinem Lande der Welt gelungen ist, diese Krise ohne politische Hilfe zu überwinden. Die durch den Automatismus des kapitalistischen Wirtschaftsablaufs, durch die »Dynamik des Kapitals« bedrohten Besitzverhältnisse werden vom Staat gesichert durch bestimmte und begrenzte Eingriffe in die Besitzverhältnisse und in die freie Verfügungsgewalt der Unternehmer. Dasselbe zeigt sich deutlich bei dem Kampf um Zwangssyndizierungen in der Industrie. Die leistungsunfähigen Betriebe sind es, die nach der Zwangssyndizierung schreien, während die konkurrenzfähigen sich dagegen wehren. Erstere sind für »Planwirtschaft«, letztere für »Liberalismus«. Beide sehen das Chaos kommen, wenn man ihren Wünschen nicht Rechnung trägt.

Wir kennen ein gut Teil dieser Argumentation aus den Kartelldebatten. Neu ist nur die Rolle des Staats, der jetzt zielbewußt auf die Kartellierung drängt. Und zwar im Sinne des Schutzes durch den Konkurrenzkampf bedrohter Wirtschaftsteile, soweit sie von politischer Bedeutung sind und sich politisch zur Geltung bringen können. Die tschechischen Bauern sind nicht an überteuerten Industrieprodukten interessiert, aber auch nicht am Zusammenbruch großer Industriezweige, die sich bei freier internationaler Konkurrenz nicht mehr halten können. Dazu kommen kriegswirtschaftliche Erwägungen, die wir weiter unten gesondert behandeln. Entscheidend ist, daß die Ueberwindung bezw. der Ausgleich der wirtschaftlichen Gegensätze nicht im wirtschaftlichen Konkurrenzkampf der einzelnen Sphären gesucht wird, sondern auf dem Bo-

den der Politik. In der Tschechoslowakei ist das bisher im Rahmen der Demokratie möglich gewesen. Die tschechischen Agrarier sind Bauern, größtenteils Kleinbauern. Politisch straff organisiert, beherrschen sie durch ihre Partei die Schlüsselstellungen des Staates. Der tschechische Etatismus erhält seine Richtung daher im wesentlichen von den bäuerlichen Interessen. Er kann auf diktatorische Experimente verzichten, die für ihn gefährlich wären. Ein anderer, den »demokratischen Etatismus« begünstigender Faktor ist das Fehlen großer vorherrschender finanzkapitalistischer Konzerne und Trusts. Die Demokratie verhindert aber nicht, daß der Aufbau der Regulierungsorgane wirtschaftliche und politische Positionen schafft, die, — von einer ihrer Macht bewußten Bürokratie besetzt — der Demokratie ein wesentlich anderes Gepräge geben, als wir es von alten bürgerlichen Demokratien gewohnt sind.

Das Bild einer vollendet etatistischen Wirtschaft bietet das Dritte Reich. Dort haben wir die vollkommene zwangsweise Regulierung der Agrarproduktion und des Agrarabsatzes mit Festpreisen und festen Handelsspannen, mit Ablieferungszwang und allen sonstigen Finessen, ja, den Bauern ist durch die Erbhofgesetzgebung sogar die freie Verfügung über ihren Grund und Boden genommen. Die Bauern sind in moderne staatliche Leibeigene verwandelt. Dort haben wir weiter die festen Handelsspannen für den gesamten Handel, dort sehen wir die immer weiter getriebene Organisierung aller Industriezweige, Kalkulationsvorschriften und Kalkulationskartelle, genaue Rohstoffkontrolle und -zuteilungen, Investitionsverbote, Sperren für Neugründungen, Erweiterungsverbote. Aber auch zwangsweise Beteiligung an der Errichtung neuer Produktionsstätten, an ein Außenhandelsmonopol grenzende staatliche Regulierung des Außenhandels, staatliche Lohnfestsetzungen, Zwangsarbeit, staatliche Kreditkontrolle, Zwangsanleihen usw. usw., willkürliche Belastung oder Entlastung bestimmter Wirtschaftsgruppen und -zweige zugunsten anderer. Entsprechend der Fülle, Vielgestaltigkeit und zum Teil Widersprüche der staatlichen Maßnahmen, ist eine ungeheure Bürokratie entstanden, noch vermehrt durch den besonderen Charakter des Regimes. Wo die Nutznießer dieses Etatismus sitzen, braucht heute schon nicht mehr erläutert zu werden. Die Reichskreditgesellschaft gab im letzten Halbjahresbericht folgende Zahlen über die Entwicklung der Nettogewinne der Landwirtschaft: 1932/33 1480 Mill. Mark; 1933/34 2557 Mill. Mark; 1934/35 3027 Mill. Mark bei gesunkenen Aufwendungen für die Löhne. Die durch die faschistische Wirtschaftspolitik wiederhergestellte Rentabilität der Schwerindustrie, der Automobilindustrie, zahlreicher Zweige des Maschinenbaus, die großen Gewinne des Elektro-, des Chemiekapitals sind ebenso bekannt wie die schwierige, zum Teil verzweifelte Lage wichtiger Konsumindustrien, die Notlage des Handels und Kleingewerbes.

Auch in Deutschland nahmen die etatistischen Vorstöße (noch in der Weimarer Zeit) ihren Ausgang von den in ihrer ökonomischen und gesellschaftlichen Position bedrohten Agrariern und Industriellen, vor allem dem Großgrundbesitz und der Schwerindustrie, dann in zunehmendem Maße von den mittleren Industrien. Schließlich kam der Gewalthaufe der bunten städtischen Mittelschichten hinzu.

Es handelte sich auch in Deutschland zunächst um die Rettung und Sanierung kapitalistisch unhaltbar gewordener Positionen. Die etatistische Entwicklung war schon vor Hitler weit vorgeschritten. Aber der Nationalsozialismus hat den Etatismus zum Prinzip erhoben. Das ist der wesentliche Unterschied. Staatliche Lenkung der

Wirtschaft bei Aufrechterhaltung des privaten Unternehmertums! Er geht dabei rücksichtslos gegen bestimmte politisch und kriegswirtschaftlich weniger wichtige kapitalistische Gruppen vor, die er seelenruhig in die größten Schwierigkeiten geraten läßt, um die politisch und kriegswirtschaftlich wichtigen um so mehr fördern, stützen, subventionieren zu können. Ohne die staatliche Hilfe und ohne die staatliche Regulierung hätten bedeutende Teile der Industrie und der Landwirtschaft den Weg aus der Krise nicht gefunden. Und so sehr auch das deutsche Regime die Gewinnmöglichkeiten der weniger einflußreichen Industriellen und mittelständlerischen Schichten beschneidet, so sehr er auch offenbar bewußt jetzt Teile des Einzelhandels (nicht nur Juden) dem Bankerott zutreibt, so tut er es, um den Rest auf einem niedrigen Niveau *stabilisieren* zu können.

Das ökonomische Grundprinzip aller etatistischen Maßnahmen, mögen sie von einem demokratischen oder diktatorischen Regime ausgehen, mögen sie in erster Linie zugunsten bäuerlicher, großagrarischer, großindustrieller oder mittelindustrieller Gruppen und Schichten getroffen werden, ist *die Ausschaltung aller der Gesetze der kapitalistischen Konkurrenz,* die im freien Kapitalismus den Ausgleich der Profitraten und auf diesem Umweg ein Gleichgewicht zwischen den verschiedenen Produktionssphären herstellen. Auch der Etatismus muß ein Gleichgewicht zwischen den einzelnen Wirtschaftssphären anstreben. Aber er sucht eine interessenorientierte — keine automatische — Gewichtsverteilung. Der Etatismus verhindert bewußt die Herausbildung einer kapitalistischen Durchschnittsprofitrate, er schafft bewußt gestaffelte Profitraten für die einzelnen kapitalistischen Gruppen, wobei ganze Schichten von selbständigen Unternehmern und Kaufleuten auf das Lebensniveau schlecht bezahlter Angestellten und Arbeiter, oder gar Arbeitsloser herabgedrückt werden.

2. Die Ursachen.

Ehe wir in der Betrachtung der etatistischen Erscheinungen weitergehend den besonderen Fall der Kriegswirtschaft behandeln, müssen wir die tieferen Ursachen des eigentlichen, des »Friedensetatismus« bloßlegen. Daß in der kapitalistischen Realität bereits seit langem nicht mehr von einer Durchschnittsprofitrate auch im nationalen Rahmen die Rede sein konnte, da ihr Zustandekommen durch die Kartelle und Trusts, durch das Finanzkapital, durch die finanzkapitalistische Zoll- und Steuerpolitik verhindert wird, ist bekannt. Unser Problem ist nicht das Finanzkapital und der privatkapitalistische Monopolismus, sondern die staatliche Regulierung der Profitrate, die wohl eine Vollendung des Monopolkapitalismus, zugleich aber eine qualitative Aenderung bedeutet.

Wir setzen die Weltwirtschaftskrise 1929/34 als den Beginn der etatistischen Etappe des Kapitalismus, nicht, weil es nicht schon vorher Subventionen, staatlichen Kartellschutz, Zwangskartelle, überhaupt wirtschaftliche Staatsinterventionen der verschiedensten Art gegeben hätte, sondern weil in dieser Krise der Staatsinterventionismus zum erstenmal *international* als das *entscheidende* Mittel der Krisenüberwindung in Erscheinung getreten ist und weil erst im Verlauf dieser Krise in einer Reihe von Staaten die staatliche Dirigierung der Wirtschaft zum bewußten wirtschaftspolitischen Programm erhoben worden ist. Auch das stimmt nicht absolut, wie sich überhaupt historische Etappen nicht streng voneinander scheiden lassen. Mehrere Staaten, wie Japan, Italien, Polen

u. a. treiben bereits seit Jahr und Tag eine bewußt etatistische Wirtschaftspolitik. Aber sie erschienen bis dahin als Ausnahmen in der kapitalistischen Welt, genau wie die früheren einzelnen Staatseingriffe in die Wirtschaft sich entweder auf Einzelfälle oder auf Einzelsphären (etwa in der Sozialpolitik) beschränkten.

Im Verlauf der Weltwirtschaftskrise hat sich jedoch herausgestellt, daß die normalen Mittel, die dem Kapitalismus zur Krisenüberwindung zur Verfügung stehen, nicht mehr ausreichen, wenn sie nicht in einem solchen Ausmaß zur Anwendung gelangen, daß sie die bestehenden gesellschaftlichen und staatlichen Machtverhältnisse grundlegend umwälzen. Wir möchten in diesem Zusammenhang vermeiden, auf die diffizileren Fragen des kapitalistischen Akkumulationsgesetzes (das zugleich das kapitalistische Krisengesetz ist) einzugehen, die u. E. auch rein abstrakt — losgelöst von den zahlreichen nichtökonomischen, in diesem Sinne also »zufälligen« Faktoren —, die rein ökonomische Zwangsläufigkeit einer Entwicklung zum regulierten, und zwar zu einem regulierten stagnierenden Kapitalismus beweisen. Wir erwähnen das nur, weil Paul Sering in seinem Artikel »Wandlungen des Kapitalismus« (Heft 22/23 dieser Zeitschrift) die These aufstellt, daß im reinen Kapitalismus der Theorie die Akkumulation keine andere Schranke habe als die Produktionskapazität und die Proportionalität. Die erste Schranke, die der Produktionskapazität, ist natürlich eine Selbstverständlichkeit. Aber die Proportionalität! Der regulierte Kapitalismus sucht ja gerade sie herzustellen. Da sie theoretisch herzustellen ist, käme es darauf an, ob sie auch im Verlauf der erweiterten Akkumulation aufrecht erhalten werden kann, damit, wie es Sering einige Zeilen später tut, »von einer schrankenlosen Akkumulation im reinen Kapitalismus« gesprochen werden könnte. Diese Frage hat u. E. Henrik Großmann erschöpfend beantwortet, und zwar verneinend. Wäre es anders, so würden wir dem dirigierten Kapitalismus oder dem vollendeten Staatskapitalismus eine blühende Zukunft prophezeien müssen, die er sich nur durch Fehler in seinen Plänen, aus außerökonomischen Gründen also, verscherzen könnte. Es wäre dann vollkommen richtig, was Sering (Seite 723/24) schreibt: das »logische Ergebnis« wäre das Hineinwachsen in den Sozialismus. Seine Gegenargumente gegen eine solche Entwicklung hätten dann keine Geltung, weil nämlich der staatlich dirigierte Kapitalismus durchaus die Möglichkeit hätte, die Ungleichmäßigkeit der Entwicklung, nach Sering der eigentliche Grund der Disproportionalitäten, wenn auch nicht mit einem Schlage, so doch systematisch und Schritt für Schritt und in geregelten Bahnen zu beseitigen und zu immer umfassenderen internationalen Regulierungen zu kommen. Wir halten auch theoretisch die schrankenlose Entfaltung des Kapitalismus für unmöglich, weil eben die schrankenlose Entfaltung nicht vereinbar ist mit der Einhaltung der notwendigen Proportionalitäten. Das Gesetz vom Fall der Profitrate zwingt zu dauernder Veränderung der Proportionalitäten, damit zu Krisen. Sollen die Krisen vermieden werden oder können sie nicht mehr mit den üblichen Mitteln (Kapitalvernichtung, Rationalisierung, Verschärfung der Ausbeutung) behoben werden, so bleibt nur der Weg, die Proportion aufrecht zu erhalten durch Hemmung der Produktivkräfte.

Wir sehen daher auch theoretisch die Alternative: Sozialismus oder Barbarei. Doch konkretisieren wir den Begriff Barbarei, da uns ein »Zusammenbruch« im Sinne von allgemeinem Chaos völlig irreal erscheint. Unter Barbarei verstehen wir eben das, was das Ideal der diversen Faschismen ist: den »kapitalistischen Ständestaat«, die kapitalistische

Zwangswirtschaft, Zwangsarbeit, die Feudalisierung des Kapitalismus mit der Tendenz zum neuen kapitalistisch-bürokratischen Despotismus. Also eine Entwicklung, deren Beginn wir schauernd erleben, eine Entwicklung, deren Zeugen und Leidtragende wir bereits sind.

Es bedarf der abstrakten Analyse, um die etatistische Tendenz als die allgemeine Grundrichtung des internationalen Kapitalismus überhaupt zu erkennen, ohne daß jedoch diese Abstraktion uns etwas über Zeitpunkt und Tempo, in dem sich der Etatismus durchsetzt, ja überhaupt über seine Realisierbarkeit etwas zu sagen vermöchte. Theoretisch hätte der Kapitalismus heute noch viele Möglichkeiten, ehe er an seine äußerste Schranke stößt. In der Wirklichkeit sind seine Schranken enger.

Wir sehen, daß überall der Anstoß zu etatistischen Maßnahmen von den in ihrer Existenz bedrohten Wirtschaftszweigen ausgeht. Nicht gleichzeitig stößt der Gesamtkapitalismus an seine Schranken, sondern die Entwicklung geht ungleichmäßig vor sich. Es sind einzelne Wirtschaftsszweige in einzelnen Staaten, die zuerst unter den gegebenen Bedingungen akkumulationsfähig werden. Es gibt dann für diese Wirtschaftszweige oder -gruppen nur zwei Möglichkeiten, aus ihrer permanenten Krise herauszukommen: die eine ist die klassisch kapitalistische Art der Krisenüberwindung. In Fällen, wie etwa der deutschen Landwirtschaft, wäre das aber gleichbedeutend mit einer mindest partiellen Revolution. Doch hätte auch eine deutsche Agrarrevolution nur vorübergehend die deutsche Landwirtschaft gerettet. Die Tschechoslowakei hat ja ihre Agrarrevolution gehabt, was sich politisch dahin auswirkt, daß sie bisher die Krise der Demokratie überstehen konnte, was sie aber ökonomisch nicht vor einer neuen Agrarkrise gerettet hat. Das deutsche — und das internationale — Agrarproblem kann heute schon weder im nationalen Rahmen noch durch internationale Maßnahmen, die auf den agrarischen Sektor beschränkt bleiben, im fortschrittlichen Sinne gelöst werden. Es ist nicht Dummheit oder Böswilligkeit, daß alle internationalen Versuche zur kapitalistischen Lösung des Agrarproblems scheiterten. Das bedeutet aber, daß ein entscheidender Teil der jetzigen Agrarwirtschaft an einer solchen Lösung gar nicht interessiert ist, weil nicht er der Nutznießer sein würde. Sein Interesse ist die Sanierung auf Basis der gegebenen Besitzverhältnisse.

Auch sie ist möglich. Es ist die reaktionäre Lösung, die etatistische. Der Staat garantiert durch politische Maßnahmen, durch politische Eingriffe in die Schuldverhältnisse, durch politische Preisfestsetzungen, politische Lohnsenkungen, durch Absperrung des inneren Marktes gegen das Ausland usw. den Besitz und die Rentabilität für die konkurrenzunfähig gewordene Agrarwirtschaft.

Dasselbe gilt für die bankrotte Schwerindustrie, für Teile der mittleren Industrie, für Teile des Handels. Alle diese Wirtschaftszweige sind unter den gegebenen Bedingungen an eine Schranke ihrer Entwicklung gestoßen. Sie können die Bedingungen nicht umwälzen, ohne selbst zumindest in die größte Gefahr zu geraten, in diesem Umwälzungs- und Einschmelzungsprozeß mit »abgeräumt« zu werden. Der rheinische Stahltrust war in der Krise bereits dem Staat verfallen und es war eine der ersten Handlungen des Hitlerregimes, den Trust Herrn Thyssen wieder zurückzuschenken. Es ist in der Tat so, daß entscheidende Teile dieser Industrien nicht mehr unter »normalen« Bedingungen aufrecht erhalten werden können. Wie für die deutsche Agrarwirtschaft war es für diese Industrien eine Frage auf Leber und Tod, vom Staat Absatz und Ren-

tabilität garantiert zu bekommen. Nur mit dem Unterschied, daß beispielsweise die deutsche Schwerindustrie noch Entwicklungschancen für einen gewissen Zeitraum hätte, wenn es möglich wäre, die nationalen Schranken zu sprengen. Daher von dieser Seite der besonders heftige imperialistische Drang. Die deutsche Agrarwirtschaft würde auch durch Sprengung der nationalen Schranken keine Erleichterung finden, eher im Gegenteil.

Aber von welcher Seite man es auch betrachtet, die Mittel zur Erweiterung der Akkumulation, ja auch nur zur Sicherung des Status quo, können diese im gegebenen Rahmen nicht mehr konkurrenzfähigen Wirtschaftszweige nicht mehr auf den gewohnten Wegen des rein ökonomischen Konkurrenzkampfes finden, sondern sie müssen politisch entweder um die Sicherung des Bestehenden oder um die Erweiterung ihres Ausbeutungsfeldes kämpfen. Das ist an sich nichts Neues, sondern eine ständige Begleiterscheinung des Kapitalismus. Neu ist das Ueberwiegen der Anwendung politischer Methoden zur Aufrechterhaltung vom Standpunkt rationeller kapitalistischer Kalkulation überholter Besitz- und Produktionsverhältnisse. Der Grund für diese Erscheinung liegt darin, daß gesellschaftlich und politisch entscheidende Teile des Kapitalismus ihre Position auf fortschrittlichem Wege nicht mehr halten können, darum reaktionär geworden sind, während im selben Maße die noch akkumulations- und konkurrenzfähigen, darum fortschrittlichen Gruppen des Kapitals, durch das Bleigewicht der stationären Schichten selber gehemmt werden und weder die Kraft noch den Mut haben, gleichfalls mit politischen Mitteln dieses Gewicht abzuschütteln.

Es ist eine ähnliche Situation wie jene, in der sich z. B. in Deutschland die Gesamtbourgeoisie in der Mitte des vorigen Jahrhunderts befand, als sie ihre Revolution gegen den deutschen Feudalismus nicht zu Ende zu führen wagte aus Furcht vor dem bereits zu stark gewordenen Proletariat. Ueberall brachte die Weltwirtschaftskrise die kapitalistische Gesellschaft an den Rand der Revolution. Dem freien Spiel der Kräfte Lauf zu lassen erwies sich in den von der Krise am schwersten betroffenen Ländern politisch als unmöglich. Die fortschrittlichen Elemente des deutschen Kapitalismus können heute den Kampf mit dem Großgrundbesitz, mit der Schwerindustrie, mit den breiten Schichten des Bauerntums und den städtischen Mittelklassen nicht mehr auszufechten wagen. Der Ausgang eines solchen Kampfes wäre in jeder Beziehung völlig unberechenbar. Es bleibt auch den fortschrittlichen Teilen des Kapitalismus kein anderer Weg als die etatistische Lösung mitzumachen, obwohl sie mit starken Belastungen, mit Minderung der internationalen Konkurrenzfähigkeit verbunden ist. Die Verteuerung der Agrarproduktion weit über das Weltmarktniveau, die Subventionierung der notleidenden Industrien, die Kosten des mit aller reaktionären Wirtschaftsdirigierung notwendig verbundenen bürokratischen Apparats usw. müssen die Produktionskosten ganz allgemein erhöhen. Wird auch ein Teil der Unkosten auf die Arbeiterschaft und auf die minder widerstandsfähigen und politisch nicht so wichtigen Mittelstandsschichten abgewälzt, so hat das doch seine Grenzen.

Doch betrachten wir, ehe wir auf die weiteren Entwicklungstendenzen des Etatismus eingehen, noch eine andere der zum Etatismus treibenden Kräfte, ohne deren Einbeziehung wir zu falschen Schlußfolgerungen kommen würden. Diese Kraft ist der Krieg.

3. Die Gesetze der Kriegswirtschaft.

Der moderne Krieg ist ein totaler Krieg. Er erfordert die Anspannung aller Kräfte der Nation vor allem auch die Anspannung aller ökonomischen Kräfte, und zwar für den einen Zweck: den Krieg. Alle Rücksichten haben demgegenüber zu schweigen. Kriegswirtschaft bedeutet aber mehr als Ausrichtung aller Produktionskräfte auf den direkten und indirekten Kriegsbedarf; sie bedeutet auch Produktion unter außergewöhnlichen, ungünstigen Bedingungen. Der Weltkrieg 1914/18 hat in allen Ländern, am ausgebautesten bei den Mittelmächten, ein von Jahr zu Jahr, von Monat zu Monat umfassender werdendes System der staatlichen Wirtschaftsregulierung und Zwangswirtschaft gebracht. Ein vollendetes etatistisches System, aber orientiert an den speziellen Erfordernissen des Kriegs. Das verleitet leicht, im »Kriegsetatismus« von 1914/18 die historische Wurzel des modernen Etatismus zu sehen. Ein solcher direkter Zusammenhang besteht nicht. Wohl hat die Kriegswirtschaft eine Reihe schwerwiegender dauernder weltwirtschaftlicher Aenderungen mit sich gebracht, vor allem durch die schnelle Industrialisierung ehemals reiner Agrarländer, durch die Entwicklung der überseeischen Getreideproduktion, durch den allgemeinen Ausbau der kriegswichtigen Industrien in allen Ländern —, aber sie hat damit nur einen Prozeß beschleunigt, der sowieso im Gange war. Das ganze System der Staatsregulierungen dagegen ist nirgends beibehalten worden, sondern wird jetzt, aus den Bedingungen des heutigen Standes des Kapitalismus heraus, neu entwickelt. Allerdings unter bewußter Verwertung der während des Weltkriegs gemachten Erfahrungen.

In anderm Sinne wirkt die Kriegserfahrung auf die heutige Entwicklung zum Etatismus ein: Sie verstärkt das Streben nach möglichst weitgehender, mindestens potentieller Selbstversorgung in allen Ländern. Das wirkt sich sowohl in forcierter Industrialisierung als auch Reagrarisierung (in industriellen Ländern) aus, unabhängig von der Rentabilität. In vielen Einzelfällen können dabei technische und ökonomische Fortschritte erzielt werden. Im ganzen führt das Prinzip zu ökonomischer Verschwendung. Und zwar um so mehr, als es in zahllosen Fällen den etatistischen Tendenzen der konkurrenzfähigen Schichten entgegenkommt, die ihre Forderung auf Staatshilfe, wenn irgend möglich, mit der Kriegswichtigkeit gerade ihrer Existenz begründen.

Zur Sicherung der Versorgung gehört auch eine möglichst große Vorratshaltung an all den Rohstoffen, die im Kriegsfalle wahrscheinlich knapp werden. Dieses kriegswirtschaftliche Postulat steht auf alle Fälle im direkten Widerspruch zu jeder wirtschaftlichen Rationalität, die im Gegenteil möglichst geringe Vorratshaltung verlangt. Ergänzt wird das Prinzip der Vorratshaltung durch die Ausgestaltung der Außenhandelsbeziehungen nach kriegswirtschaftlichen Gesichtspunkten. Die Gesamtwirtschaft des Landes soll sich bei der Versorgung mit nur vom Ausland erhältlichen Waren möglichst auf den Bezug aus solchen Ländern einspielen, die der Wahrscheinlichkeit nach auch im Kriegsfalle zur Verfügung stehen werden. Die wirtschaftliche Vorbereitung des Krieges bedingt also eine wenn auch nicht völlige, so doch weitgehende Gestaltung der Außenhandelsbeziehungen nach politischen, nicht nach kaufmännischen Gesichtspunkten. Schließlich fällt auch in gewissem Sinne unter die Rubrik Vorratshaltung die militärische Forderung nach Aufrechterhaltung einer Produktionskapazität in allen kriegswichtigen Industrien, die über

den normalen Friedensbedarf weit hinausgehen muß. Die Erfüllung dieser Forderung fördert die Ueberkapitalisierung, verschlechtert die Rentabilität und verstärkt dadurch gleichfalls die etatistischen Tendenzen in der Wirtschaft.

Auf der andern Seite erfordert die kriegswirtschaftliche Leistungsfähigkeit einen hohen Stand der Technik, der Rationalität in der Produktion, möglichst weitgehende Standardisierung und Normung, höchste Präzision, kurz eine technische Leistungsfähigkeit, die nicht hinter der der möglichen Kriegsgegner zurückstehen darf. Dazu kommt die Notwendigkeit einer genauen und laufenden Uebersicht über die Produktionsmöglichkeiten, über die Vorräte, über die vorhandenen Arbeitskräfte aller Art, vom Ingenieur, Chemiker, Erfinder, Organisator bis zum Facharbeiter und zum ungelernten Arbeiter. Es gehört dazu die Haltung einer Reserve an Fachkräften, da der moderne Krieg sie doppelt braucht, nämlich sowohl am Arbeitsplatz in der Heimat wie auch in der Armee. Zum Kriegspotential gehört also Entwicklung der sachlichen und menschlichen Produktivkräfte und der Ausbau einer gesamtgesellschaftlichen Statistik, die weitergehen, als es vom Standpunkt des Kapitalismus aus notwendig wäre.

Schon diese knappe Uebersicht zeigt, daß vom militärischen Standpunkt Anforderungen an die Wirtschaft des Landes gestellt werden, die in vieler Hinsicht nicht mit denen kapitalistischer Kalkulation übereinstimmen. Das Militär geht überhaupt von einem dem Kapitalismus fremden Gedankengang aus an die Fragen der Wirtschaft heran, nämlich dem der gesellschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit, unter den speziellen und erschwerenden Bedingungen des Krieges. Das militärische Interesse erfordert eine Industrie, die sowohl auf der Höhe ihrer Zeit stehen als auch eine Leistungsfähigkeit aufweisen soll, die über den Normalbedarf hinausgeht. Es fordert von der Landwirtschaft eine für die Ernährung des Volkes nötigenfalls ausreichende Produktionsfähigkeit, auch wenn das vom ökonomischen Standpunkt aus größte Verschwendung bedeutet. Auch die Art des gesamtgesellschaftlichen Ueberblicks über die vorhandenen und bereiten sachlichen und menschlichen Produktivkräfte und Reserven ist nur zum Teil identisch mit der vom Kapitalsinteresse aus erforderlichen.

Aber das Militär steht nicht außerhalb der Gesellschaft. Vom »objektiven Militärstandpunkt« aus scheint es gleichgültig zu sein, ob privat- oder staatskapitalistisch oder sozialistisch produziert wird, scheint nur die Garantie der Leistungsfähigkeit an sich entscheidend zu sein. Sehen wir zunächst davon ab, daß auch die Armee eine Klassenorganisation ist, daß also die Führung der Armee die Dinge nicht objektiv, sondern durch die Klassenbrille betrachtet, so ist es doch auch vom Standpunkt des kriegswirtschaftlichen Potentials aus wichtig, daß auf irgendeine Weise mit oder ohne Staatshilfe jene Wirtschaftszweige, die sich im freien kapitalistischen Konkurrenzkampf nicht mehr halten könnten, gestützt werden. Praktisch bleibt nur die Staatshilfe. Das bedeutet, daß das Militär eine weitere wesentliche Antriebskraft der Entwicklung zum Etatismus überall dort wird, wo kriegspotentiell wichtige Teile der Wirtschaft nach den Gesetzen der kapitalistischen Leistungsfähigkeit ausscheiden müßten. Verstärkt wird diese schon sachlich begründete Tendenz beim Militär, wenn die leitenden Schichten der Armee sich aus den Kreisen eben dieser subventionsbedürftigen Gesellschaftsgruppen rekrutieren.

Form und Ausmaß der Stützung braucht das Militär rein sachlich nicht mehr zu interessieren, wenn nur das Ziel der Erhaltung der gefährdeten Produktivkräfte erreicht wird. Den Streit über Form und Ausmaß kann das Militär den politischen Kräften überlassen, doch die Frage, ob überhaupt gestützt werden soll, die ist auch eine militärische. Ebenso die Frage, wie die Stützung funktioniert, d. h. ob die Stützung des einen Wirtschaftssektors nicht zur Schwächung eines andern, ebenfalls kriegswirtschaftlich wichtigen Sektors führt. Bisher haben wir hier zunächst die rein sachliche, die technische, organisatorische und formale Seite der aus den Bedingungen des modernen totalen Kriegs und seiner Vorbereitung entspringenden Tendenz zum Etatismus betrachtet. Sie muß im folgenden ergänzt werden durch die Analyse der Rückwirkungen, die die kriegswirtschaftlichen Sonderformen des Etatismus auf die allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Tendenzen im Etatismus haben. Schließlich führt die immer stärkere Durchdringung wirtschaftlicher und militärischer Gedankengänge, wirtschaftlicher und militärischer Maßnahmen im Bereich der Armee und im Bereich der Wirtschaft zu Wandlungen im Charakter der Wirtschaft wie auch im Charakter der Armee, ihrer Struktur, ihres Denkens, ihrer Rolle in der bürgerlichen Gesellschaft.

(Fortsetzung dieses Artikels folgt in der nächsten Nummer.)

GLOSSEN

Der Einigungskongreß der französischen Gewerkschaftsbewegung.

Im September 1935 war auf einer gemeinsamen Sitzung des freigewerkschaftlichen und des roten Gewerkschaftsverbandes die prinzipielle Einigung der französischen Gewerkschaftsbewegung vollzogen worden; im Januar 1936 kam es mit der Bildung eines einheitlichen Vorstandes zur administrativen Einigung; in den vier Märztagen des Kongresses zu Toulouse wurde die Aktions- und die ideologische Einheit hergestellt.

Die Lehren dieser Entwicklung dürften für die gesamte internationale Arbeiterbewegung schon deshalb wichtig sein, weil hier zum ersten Male seit dem Bestehen der beiden kommunistischen Internationalen eine Spaltung wirklich überwunden wurde.

Auffallend ist zunächst der Vergleich mit der Entwicklung der Einheitsbewegung in der politischen Arbeiterbewegung Frankreichs. Schien zu Beginn des Jahres 1935 die politische Bewegung der völligen Ueberwindung der Spaltung nahe, während die Verwirklichung der Einheit in der Gewerkschaftsbewegung trotz aller Bemühungen der Kommunisten noch kaum einen Schritt vorangekommen war, so war am Ende des gleichen Jahres die Einheit der Gewerkschaftsbewegung faktisch vollzogen, die der Sozialistischen und Kommunistischen Partei für lange, wenn nicht für immer illusorisch geworden. Es kann nicht zweifelhaft sein, daß ein Umstand für diese verschiedene Entwicklung ausschlaggebend gewesen ist: während die Einheitsbewegung der politischen Organisationen mit der sogenannten Aktionseinheit begann, die zur organisatorischen Einheit weiterzuentwickeln die Kommunisten nur wenig Neigung zu haben scheinen, hat sich die Leitung der Freien Gewerkschaften stets kategorisch geweigert, Abmachungen über die Aktionseinheit zu treffen, bevor nicht die Spaltung selbst durch den Zusammenschluß der beiden Organisationen überwunden war. Auch wenn man nicht übersieht, daß bei der Roten Gewerkschaftsinternationale die Tendenz zur Selbstauflösung tatsächlich stark ist, während die Verhältnisse bei der Komintern noch anders liegen, so scheint nach den französischen Erfahrungen doch die Erkenntnis wichtig, daß die Aktionseinheit der endgültigen Ueberwindung der Spaltung nicht immer näher führt. Dabei waren die kommu-

nistischen Gewerkschaften im Verhältnis zu den freigewerkschaftlichen Organisationen nicht etwa schwächer als die Kommunistische Partei im Verhältnis nur Sozialistischen Partei, wenn man als Ausgangspunkt die Zeit des Beginns der Einheitsbewegung nimmt.

Nachdem die Kommunisten einmal eingesehen hatten, daß auf gewerkschaftlichem Gebiet nur die organisatorische Einheit oder gar nichts zu erreichen war, wurde diese Einheit in langen mühevollen Besprechungen vorbereitet. Mehrfach schien es, als müßten die Verhandlungen ergebnislos abgebrochen werden; aber immer wieder gaben schließlich die Kommunisten in allen Fragen nach. So war es nicht verwunderlich, daß auch auf dem Toulouser Kongreß bei der Diskussion über die Statuten des neuen einheitlichen Verbandes die Freigewerkschaftler mühelos ihren Standpunkt durchsetzten: die Kommunisten erreichten meist kaum die Hälfte der für die freigewerkschaftlichen Vorschläge abgegebenen Stimmen.

Im Mittelpunkt der Statutendiskussion stand die Frage der Unabhängigkeit der gewerkschaftlichen von der politischen Bewegung. Die französische Gewerkschaftsbewegung mit ihren starken syndikalistischen Traditionen hat es seit jeher vermieden eine politische Rolle zu spielen oder auch nur engeren Kontakt mit den politischen Parteien der Arbeiterbewegung aufzunehmen. Von allen Kongreßteilnehmern wurden die Grundsätze der vor 30 Jahren in Amiens angenommenen Richtlinien anerkannt, die sich für völlige Autonomie der Gewerkschaftsbewegung einsetzten; »Jedes Gewerkschaftsmitglied hat die volle Freiheit außerhalb des beruflichen Verbandes an allen Kampfformen teilzunehmen, die seinen politischen und philosophischen Auffassungen entsprechen. Jedoch wird von ihm verlangt, daß er nicht innerhalb der Gewerkschaft die Meinungen vertritt, für die er außerhalb eintritt.« Organisatorisch kommt dieses Streben nach Autonomie heute vor allem in der Form zum Ausdruck, daß kein Funktionär der gewerkschaftlichen Organisationen irgendein politisches Mandat innehaben darf. Nur gegen diesen Grundsatz versuchten sich die Kommunisten zu wehren, da in ihren Gewerkschaftsverbänden die wichtigsten Funktionäre auch in der Kommunistischen Partei, im Parlament etc. eine Rolle spielten. Die Kommunisten waren hier von vornherein schon deshalb in einer ungünstigen Position, weil von mehreren Diskussionsrednern Mängel der kommunistischen Gewerkschaftsorganisation gerade darauf zurückgeführt wurden, daß die Verbandsvorsitzenden gleichzeitig politische Mandate innehatten.

Ein gründlicheres Eingehen auf ihre Vorschläge hätten die Kommunisten vielleicht bei einer anderen Frage verdient. Sie versuchten auf eine etwas größere Zentralisierung der einzelnen Gewerkschaften hinzuwirken, um so die Schlagkraft der Arbeiterorganisationen zu erhöhen. Sie begründeten ihre Vorschläge ganz richtig damit, daß sich die Arbeiterbewegung in ihrer Organisationsform dem Konzentrationsprozeß des Kapitalismus anpassen müsse, um auf der Höhe der ihr gestellten Aufgaben zu bleiben. Doch widersprachen auch hier die kommunistischen Vorschläge den rein föderalistischen Traditionen der französischen Gewerkschaftsbewegung.

Zur Frage des internationalen Anschlusses forderten die Kommunisten von vornherein nicht den Anschluß an die Rote Gewerkschafts-Internationale, sondern versuchten nur darauf hinzuwirken, daß der neue geeinte Verband offiziell den Kontakt mit beiden Internationalen aufrecht erhalten solle, um für die Herstellung der internationalen Einheit zu wirken. Die Freigewerkschaftler betonten demgegenüber, daß der ausschließliche Anschluß an die Amsterdamer Internationale grade dann notwendig sei, wenn dort Tendenzen vorhanden seien, die der Einheit widerstrebten; nur von innen heraus könne der Einheitswille geschaffen und entwickelt werden. Auch hier wurde der freigewerkschaftliche Vorschlag mit 5463 Mandaten gegen 2566 angenommen.

Fruchtbarer waren die Diskussionen, die der Orientierung der neuen geeinten Gewerkschaft gewidmet waren. Zunächst verteidigten hier die Freigewerk-

schaftler den 1934 von der Confédération Générale du Travail (CGT) ausgearbeiteten Plan, die Kommunisten das Anfang dieses Jahres veröffentlichte Programm der Volksfront; es ergab sich also wiederum einmal die in der letzten Zeit nicht ungewöhnliche Situation: die Forderungen der Kommunisten waren bei weitem die gemäßigteren, da dieses Volksfrontprogramm ja die Zustimmung der Radikalsozialisten hatte suchen und finden müssen. Hier kam im Verlauf der Diskussion eine wirkliche Synthese zustande: Die Kommunisten erklärten ausdrücklich, sie seien keine Antiplanisten und kritisierten nur (übrigens durchaus gerechtfertigt) Einzelheiten des CGT-Plans, wie z. B. die dort gewährte Entschädigung an die enteigneten Kapitalisten und vor allem sein völliges Schweigen über die entscheidende Frage: wie denn das Proletariat an Macht zunehmen solle, um die Verwirklichung der einzelnen Planforderungen zu erzwingen. Einzelne Freigewerkschaftler gaben diese Mängel des Plans zu, wiesen aber mit gleichem Recht auf die völlige Unzulänglichkeit grade der wirtschaftlichen Forderungen des Volksfrontprogramms hin. — Waren aber in der Vordiskussion der Presse ganz schematisch Planbewegung und Volksfront einander gegenübergestellt worden, so begann auf dem Kongreß immer klarer zu werden, daß der revolutionäre Planismus und die Volksfrontbewegung nur zwei Seiten der gleichen Sache sind: die besonders in Frankreich unumgängliche Gewinnung der Mittelschichten für den sozialistischen Ausweg, verbunden mit einer Steigerung des Zielbewußtseins der Arbeiterschaft. — In einer einstimmig angenommenen Schlußresolution kam diese Vereinbarkeit beider Ausgangspositionen zum Ausdruck.

Noch kann die endgültige Wirkung der Vereinigung auf die Gewerkschaftsbewegung nicht übersehen werden. Allgemeiner Optimismus herrscht bei den Mitgliedern der Verbände, die tatsächlich ständig neuen Zustrom seit der Vereinigung haben und auch bei der neuen Leitung, die jetzt aus 6 ehemaligen Freigewerkschaftlern und 2 ehemaligen Kommunisten besteht. Noch immer ist die Arbeiterschaft, besonders die der privaten Industrie, außerordentlich schwach organisiert. Gleichzeitig dauern aber trotz Krise und Deflation die spontanen Abwehrbewegungen des französischen Proletariats an. Sie zu konzentrieren und planmäßig für die Machtsteigerung des Proletariats auszunützen, wird die erste Aufgabe des neuen geeinten Gewerkschaftsverbandes sein, der bald eine Million Mitglieder erfassen dürfte.

Fritz Alsen.

Außenpolitische Umschau.

Juristisches Zwischenspiel

Unsere wenige Tage nach dem hitlerschen fait accompli gestellte Diagnose »Positionsgewinn nach außen und innen« ist durch den Verlauf der seitherigen Ereignisse im wesentlichen unterstrichen worden. Der Notenwechsel zwischen Frankreich und Deutschland beendete den ersten Akt der Rheinlandaffäre mit einem juristischen Duell, dessen Ergebnis die alte Weisheit bestätigt, daß der Handelnde auch meist recht behält.

Für Deutschlands Aktion war der sogenannte »Friedensplan« nur eine diplomatische Vernebelung, eine lärmende Begleitmusik, die von dem Ereignis selbst ablenken sollte. Falsch wäre es aber, aus dem üblichen Ueberraschungstheater Hitlers auf eine Verlegenheitsimprovisation zu schließen; das geschickte Festhalten an allen entscheidenden Punkten der nationalsozialistischen Europapolitik (Zweimächte-Abkommen, Diskriminierung Rußlands, Völkerbundsreform, keine militärischen Konzessionen u. a.) zeigt überdeutlich, daß es sich um ein wohlerwogenes diplomatisches Dokument handelte.

Das juristische Kolleg in vierundzwanzig Thesen, mit dem Frankreich antwortete, kam weder vor noch nach, sondern anstatt einer Aktion und bewies allein schon dadurch, daß dem hitlerschen Aktivismus wieder ein »Marsch durch die Gefahrenzone« geglückt war. Ein übriges tat das vorweggenommene Bekenntnis zum Versuch »die Möglichkeiten einer friedlichen Lösung zu wahren«, nach dem Scheitern der französisch-englischen Verhandlungen in Paris und dann in London wohl kaum mehr als ein verlegenes Eingeständnis, daß man

isoliert sei und nunmehr die wichtigste Forderung Hitlers akzeptiere: auf der Basis der neuen, veränderten Situation zu verhandeln!

Was hatte Paris konkret zu sagen? Konfrontiert man die wesentlichsten seiner Vorschläge mit der in den letzten Wochen zutage getretenen Einstellung der wichtigsten Mächte zu den aufgegriffenen Problemen, dann ergibt sich ein Bild voll tragischer Widersprüche, das in vielem die Unsicherheit und Lethargie der Pariser Haltung erklärt. Der vorgeschlagene »Europaausschuß« z. B. kann mit seinen weitgehenden Funktionen nur eine tröstliche Fatamorgana sein, wenn in der Realität sich England hartnäckiger denn je weigert, über die Rheinzone hinaus Bindungen zu übernehmen. Nicht anders ist es mit den »regionalen Verständigungen«, den wichtigsten Pfeilern der französischen Europa-Konzeption, die solange Attrappen bleiben müssen, als in den beiden Hauptregionen Osteuropa und Donauraum sich wesentliche Kernstücke, wie Polen, Ungarn und Bulgarien, weiterhin entschieden ablehnend verhalten und auch französische und italienische Interessen einander bedenklich kreuzen. Daß der Vorschlag einer Völkerbundsarmee zu Land, Wasser und in der Luft hart ans Karikaturistische grenzt, braucht man angesichts der Zerrissenheit der Nationen und gewisser Erfahrungen an der Saar nicht besonders zu betonen. Was schließlich die Organisierung der »wirtschaftlichen Zusammenarbeit der Völker« anbelangt, dürfte sich Paris über die Gefahrenmomente des damit angerührten Komplexes doch eigentlich klar sein, wenn es die gerade in Südosteuropa zutage getretene eigene wirtschaftliche Potenzschwäche den zielbewußten Vorstößen des Reiches gegenüberstellt.

Gewiß sind die vierundzwanzig Thesen von Paris logisch unanfechtbare, völkerrechtlich bedeutsame Deduktionen, aber Hitlers brutaler Grundgedanke »den Frieden teilen«, kommt geheimen Sehnsüchten in Rom, Warschau, Budapest und auch den Londoner Isolationswünschen um vieles näher. Berlins Entschluß, auf eine Fortführung der Polemik mit Paris zu verzichten, ist ein Beweis dafür, wie sehr man sich des Sieges in diesem diplomatischen Zwischenspiel bewußt ist.

Der neue Schlieffen.

Längst ehe es zum Weltkriege und zum verhängnisvollen Bruch der belgischen Neutralität durch Deutschland kam, waren die Grundzüge der Berliner Aufmarschpläne in einem Ost-West-Kriege bekannt. Aus der Lage des Reiches in einem Zweifrontenkampf ergab sich zwingend die Notwendigkeit, den einen Gegner möglichst vor dem Eingreifen des andern tödlich zu schlagen und da Rußland der schwerfälligste der Beteiligten war, konnte ein Eilmarsch auf Paris unter Ueberrennung aller Hindernisse à la Belgien und Luxemburg unschwer vorausgesehen werden.

In dieser für Deutschland wieder aktuell gewordenen Frage muß nun im wahrsten Sinne des Wortes von einer Schwenkung Berlins um hundertachtzig Grad gesprochen werden. Die Rücksicht auf England, das sich an der Flandernküste stets bedroht fühlen wird, ferner gewisse Veränderungen in bezug auf kriegswirtschaftliche Notwendigkeiten und schließlich die hermetische Absperrung der französischen Nordostgrenze von Belfort bis zum Kanal, haben die Jünger Schlieffens, die Strategen des neuentstandenen Großen Generalstabs, zu einer Konzeption geführt, die der des Meisters diametral entgegengesetzt ist: im Westen den Rükken zu decken, aber defensiv zu bleiben und nach dem Osten vorzustoßen. Was Deutschland mit dieser veränderten Zielrichtung seines Aufmarsches beabsichtigt, haben eine Reihe ernsthafter ausländischer Zeitungen in den letzten Monaten offen ausgesprochen. Durch Besetzung Dänemarks und Litauens soll die Lebensmittelversorgung, durch den Vorstoß nach Rumänien das dringende Erdölbedürfnis des Reiches befriedigt werden, wobei gleichzeitig eine nach dem Westen vordringende Sowjetarmee an den Flanken bedroht würde. Erst mit dieser ökonomischen Sicherung werde sich die deutsche Militärmaschine dann gegen den Rhein und eventuell den Brenner wenden.

Erst im Lichte dieser Zusammenhänge zeigt sich die kardinale Bedeutung der Rheinlandbefestigung, die zu Unrecht über der mehr äußer-

lichen, propagandistischen Rheinlandbesetzung übersehen wird. Deutschland braucht einen Festungsgürtel im Westen, um von dort aus vor Ueberraschungen gesichert zu sein und freie Hand, beziehungsweise freien Rücken für seine Ostpläne zu haben. Dabei spielen gewisse Aenderungen in der strategischen Auffassung des französischen Generalstabs eine Rolle, der seit dem Kriege die Idee der Offensive im Kampfe gegen Deutschland vertritt, worauf, gewiß nicht zufällig gerade jetzt, die Frankfurter Zeitung hinwies.

Wird London sich trotzdem von Hitler einreden lassen, wie »gerecht« die deutsche Forderung auf »Schutz« seiner Westgrenze sei?

B. Menne.

BUCHBESPRECHUNGEN

Das braune Netz. Ein Tatsachenbericht über die Arbeit der Gestapo im Auslande. Editions du Carrefour, Paris. 375 S. Preis 20 fr. Frs.

A. Müller: »Hitlers motorisierte Stoßarmee«. Editions du Carrefour, Paris 1936, 220 S. Preis 15 fr. Frs.

Das vorliegende Buch setzt die Reihe der im selben Verlag erschienenen Werke über die deutsche Aufrüstung fort, die mit den Büchern von Dorothy Woodman begonnen wurde. Der Verfasser schildert die gewaltige Stoßkraft, die die deutsche Armee durch die Heeresmotorisierung und durch die Anlage eines zentralisierten Netzes von Autobahnen und Autostraßen gewonnen hat. Wichtig sind seine Hinweise auf die Stoßrichtungen dieser Autobahnen, die die strategischen Pläne des deutschen Generalstabs deutlich erkennen lassen. Bedeutsam sind auch seine Feststellungen über die Rolle des Nationalsozialistischen Kraftfahr-Korps (NSKK), das eine wichtige Reserve für die motorisierten Heeresformationen, gleichzeitig aber auch einen starken Rückhalt für innerpolitische Auseinandersetzungen bildet. Die Angaben des Verfassers über die Militarisierung der Rheinlandzone, die vor der Zerreißung des Locarno-Paktes veröffenlicht wurden, bestätigen in vollem Maße die Planmäßigkeit des Vorgehens der Hitlerregierung, das vor dem 7. März durch feierliche Loyalitätsschwüre vernebelt wurde.

Viator.

Mordzentrale X. Enthüllungen und Dokumente über die Auslandstätigkeit der deutschen Gestapo. Zusammengestellt von René Sonderegger, Reso-Verlag A.-G., Zürich, 1936, 93 S.

Das von Lord Listowel mit einem Vorwort versehene Werk »Das braune Netz« setzt die Reihe der Publikationen über die Kriegsrüstungen des Dritten Reiches fort. Es zeigt, wie das braune Netz der Spitzelei und Propaganda von Berlin aus die ganze Welt zu umspannen sucht, um den kommenden Krieg propagandistisch und organisatorisch auch im Auslande vorzubereiten. Das Werk geht aber über diesen Rahmen hinaus, indem es durch Aufdeckung der Arbeit der Gestapo die Methoden aufzeigt, mit denen das Hitlerregime seine emigrierten Gegner im Auslande bekämpft und in seine Netze zu ziehen sucht.

Die Darstellung der Mittel und Wege, mit deren Hilfe diese Ziele in den einzelnen Ländern verfolgt werden, gehört zu den wichtigsten Partien des Buches. Sie verdient die Beachtung aller politisch interessierten Kreise. Bedenken erweckt lediglich die dem Buche beigefügte »Liste von 590 Propagandisten, Agenten, Spitzeln und Spionen der Nazis im Auslande«, die nicht den Eindruck absoluter Zuverlässigkeit erweckt. Sie sollte auf das Genaueste nachgeprüft werden.

Das zweite Buch, »Mordzentrale X«, bildet eine gute Ergänzung zum »Braunen Netz«. Es zeigt an Hand einiger charakteristischer Einzelfälle, die durch Dokumente belegt sind, die Methoden der Kopfjäger, Menschenräuber, Meuchelmörder und Spitzel, die im Auftrage der Gestapo, oft in enger Zusammenarbeit mit den deutschen Stellen im Auslande, ihr verruchtes Handwerk treiben. Viator.

Herausgeber: Ernst Sattler. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn. Druck: Graphia. Alle in Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 320.219/VII-1933. Printed in Czecho-Slovakia.